

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentpreis für einen Monat einschließlich Beingerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierstelliglich 18.— Mf. für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon im Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — Berlin im Pfeistin,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4588

Insetatenpreise: Die 7 geplattete Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mf. bei Plakatwirtschaft 2.30 Mf.; Familienanzeigen, die 7 geplattete Zeile 1.70 Mf. Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Aussträger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Preußen- und Reichskrise.

Biederherstellung der alten Koalition in Preußen?

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die preußische Regierungsbildung ist noch immer nicht gelungen. Es scheint, nach der Haltung der Reichspresse zu urteilen, daß der Ministerpräsident Stegerwald nunmehr an die Wiederherstellung der alten Koalition denkt und daß er der Deutschen Volkspartei, die eine Beteiligung durch parlamentarische Vertreter wünscht und sich mit den Beamten nicht begnügen wollte, eine Abstimmung erstellt hat. Es ist kaum anzunehmen, daß die Krise im Laufe des heutigen Tages gelöst werden kann, nachdem auch gestern ihre Lösung nicht gelungen. Es hat den Anschein, daß die preußische Regierungsbildung in engem Zusammenhang mit den Verhältnissen im Reich steht. Auch dort will das Gerücht über eine notwendige Umbildung des Kabinetts nicht verstummen. Die Germania weiß in ihrer gestrigen Abendausgabe daran hin, daß Personensagen einer klaren, sicher bewährten Politik in der Wiederaufmachungsfrage und zwar eine Politik der Aktivität, nicht im Wege stehen dürften. Wenn auch zur Zeit von einer teilweisen Umbildung des Reichstabinets noch nicht die Rede sein könnte, so dürfte doch auch nicht davon ausgeschlossen werden, wenn sich im Laufe der weiteren Beratungen im Echo der Reichsregierung herauftun sollte, daß die Encke solches verlangt. Diese offenbar auf den Finanzminister Wirth zurückzuführenden Verhandlungen bedeuten, daß innerhalb des Kabinetts ein Konflikt zwischen Simons und Wirth auf der einen Seite und zwischen Encke und Röhl auf der andern Seite besteht. Die Frage ist, ob mit Unterstützung der Sozialdemokraten Simons Rücktritt, die für neue Konsolidation eintritt, die Oberhand im Kabinett behalten oder aber ob die Unterstützer der Deutschen Volkspartei genügend Einfluß im Kabinett gewinnen werden, um eine solche Aktion in leichter Stunde zu vereiteln.

pen anzustellen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Man vermutet, daß mit Geldmitteln reichlich versehene Elemente die jetzige politische Lage auszunutzen versuchen.

Das unverantwortliche Spiel soll weitergehen.

Das Moskauer Exekutivkomitee ermuntert zu neuen Putsch-, „Aktionen“.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die Rote Fahne veröffentlicht heute einen Aufruf des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, in der es zur letzten kommunistischen „Aktion“ heißt: Die kommunistische Internationale sagt euch, ihr habt recht gehandelt. Niemals kann der Sieg der Arbeiterklasse auf einen Schlag erlochen werden. Ihr habt ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse aufgeschlagen. Rüstet zu weiteren Kämpfen, prüft die Erfahrungen eurer Kämpfe, lernt aus ihnen, schließt eure Reihen, stärkt eure legalen und illegalen Organisationen, verschärft die proletarische Disziplin und die kommunistische Einsicht der Kämpfer.

Dies offene Bekennen zur nackten Putschaktivität, zur Politik der blutigen Abenteuer auf Kosten der Arbeiter erscheint gerade im lebendigen Moment, da das Vorwort einer Broschüre bekannt wird, die Paul Levi in den nächsten Tagen veröffentlicht. Die Sowjetregierung dazu weder den Willen noch die Möglichkeit hat.

Als der Abschluß Levis aus der Zentrale der VKPD erfolgt war, er selbst innerhalb seiner Partei als Vorsitzender, gleichzeitig den beiden Unabhängigkeiten verschriene wurde, plante er, ein letztes zu versuchen, die Partei vor dem durch die blindwillige Aktionspolitik der VKPD-Zentrale herausgehäuften Zulammenbruch zu retten. In einer Broschüre wollte er seinen Parteigenossen seinen Standpunkt darlegen, hoffend, auf diese Weise großes Unheil abwenden zu können. Aber als er die Broschüre unter der Feder hatte, sah die Katastrophe bereits ein. Wir bringen nachstehend das Vorwort der in einigen Tagen erscheinenden Mahnschrift:

Als ich diese Broschüre plant, bestand in Deutschland eine kommunistische Partei von 500 000 Mitgliedern. Als ich sie acht Tage später schrieb, war diese kommunistische Partei in ihren Grundfesten erschüttert, ihr Bestand in Frage gestellt.

Es mag als Wagnis erscheinen, in einer so schweren Krise, in der die kommunistische Partei sich jetzt befindet, mit einer so schounlosen Kritik zu kommen. Auch kurze Überlegung schon zeigt, daß diese Kritik nicht nur nützlich, sondern notwendig ist. Das unverantwortliche Spiel mit der Existenz einer Partei, mit dem Leben und dem Schicksal ihrer Mitglieder getrieben wurde, muß zu Ende gebracht werden. Es muß durch den Willen der Mitglieder beendet werden, wo die Verantwortlichen auch heute noch nicht sehen wollen, was sie getan haben. Die Partei darf nicht geschlossener Augen in Anarchismus batunistischer Farbe hineinexerziert werden. Kann in Deutschland noch einmal eine kommunistische Partei aufgebaut werden, so verlangen die Toten in Mitteldeutschland, in Hamburg, im Rheinland, in Baden, in Schlesien, in Berlin, verlängern die vielen Tausende von Gefangenen, die das Opfer dieses batunistischen Wahnsinns gemordet sind, so verlangen sie alle angesichts der Vorgänge der letzten Woche:

„Niemals wieder!“

Es versteht sich von selbst, daß das Wüten des weißen Schreckens nicht der Mantel sein darf, hinter dem die Verantwortlichen sich ihrer politischen Verantwortlichkeit entziehen. Und es versteht sich nicht weniger von selbst, daß das Wüten und Schrecken mich, das ich jetzt erleben wird, kein Grund sein darf, die Kritik zu unterlassen. So wende ich mich getrost an die Mitglieder der Partei mit dieser Schilderung, die jedem Herz zerreissen muß, der mit anstaute, was hier geschahen ward. Es sind bittere Wahrsheiten, aber: „Es ist Unrecht, nicht Gerecht, was die reichen“.

Geschrieben, 3./4. April 1921. Paul Levi.

Es fragt sich nun nur, wie lange Paul Levi nach dieser offenen Kritik gegen die gebietende Moskauer Instanz noch in der kommunistischen Partei sein wird. Es wird wohl jetzt eine der verloblichen „Säuberungen“ eintreten müssen, wie sie die 21 Moskauer Bedingungen vorsehen. Levi wird mit demselben Streit ostendigt werden, den er der USP zugekehrt hatte. Und der Erfolg wird weitere Tersplitterung der Kommunisten sein. Wie wirs vor Hause leicht voraus sagen konnten.

Ungarn vor einem neuen Putsch?

Zürich, 13. April. Nach einer Meldung der Neuen Zürcher Zeitung aus Budapest verweigert Oberst Lehár, der wegen seiner Beteiligung am Karlistensputsch vom Reichsverteiler Horváth seines Amtes entzogen wurde, den Gehorsam, und sucht an der Spitze seiner Truppen die royalistischen Offiziere gegen Horváth zu organisieren. Man befürchtet daher einen neuen Staatsstreich in Ungarn.

Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten.

Wien, 14. April. (T. U.) Aus Budapest wird berichtet: Der ungarische Ministerpräsident Graf Teleki ist zurückgetreten. Sein Rücktritt ist die Folge seines Verhaltens während der Affäre des ehemaligen Kaisers Karl, die momentan bei der Partei der Kleinen Landwirte große Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Revolutionäre Propaganda unter den Truppen.

Berlin, 14. April. (T. U.) Die englischen Blätter berichten, daß die Polizei eine umfangreiche Verschwörung entdeckt habe. Der Zweck dieser Verschwörung war, Ungehorsam unter den Truppen.

Der persisch-russische Vertrag.

W. O. In der politischen Hochspannung, die vor, während und nach der Londoner Konferenz das politische Leben Deutschlands beherrschte, haben die Vorgänge im nahen Orient alzu wenig Beachtung gefunden. Unsre schnell lebende Zeit aber hat bedauerlicherweise nicht genügend Muße, rückblickend die wichtigsten Ereignisse unserer Zeitgeschichte sich in ihrer Bedeutung ins Gedächtnis zu rufen. Schon beginnen wieder die Meldungen von neuen deutschen Vorschlägen zur Reparationsfrage das politische Interesse zu absorbieren, so daß es die höchste Zeit ist, sich die Bedeutung der letzten im nahen Orient abgeschlossenen Verträge vor Augen zu führen.

Optimisten, die nach dem äußeren Schein zu urteilen pflegen, haben geglaubt, daß der englisch-russische Vertrag eine neue Ära der Politik bedeutet. Auf der einen Seite erwartete man das Aufleben der englisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, auf der andern Seite glaubte man, daß England nunmehr seinen Kolonialbestand im Orient vor der bolschewistischen Agitation gerettet habe. Eines der Tertium wie das andre. Es wird so wenig ernsthafte englisch-russische Handelsbeziehungen geben, wie die Sowjetregierung dazu weder den Willen noch die Möglichkeit hat. Der ganze Zweck des Abkommen bestand für die Sowjetregierung darin, ihr politisches Ansehen im Lände durch den Abschluß diplomatischer Verträge zu stärken. Im übrigen aber ist sie schon deshalb nicht zur Aufnahme wirklich wirtschaftlicher Beziehungen mit den übrigen Ländern bereit, weil die Leiter der 3. Internationale noch immer die Gedenken nicht aufgegeben haben, die kommunistische Herrschaft in Russland durch Revolutionsversuche einzuführen. Deshalb mußte man auch auf englischer Seite irren, wenn man glaubte, daß dieser Vertrag irgend eine Sicherheit vor der bolschewistischen Agitation im Orient bilden würde.

Eine große Lücke läßt im englisch-russischen Vertrage. Während die Sowjetregierung sich zwar verpflichtet, keinerlei Agitation in Afghanistan und Armenien zu betreiben, fehlt doch eigenartigerweise dieses Zugeständnis für Persien. In diese Lücke paßt genau der persisch-russische Vertrag, der am 21. Februar dieses Jahres von Moskauer Rattemalef, dem Vertreter Persiens bei der Moskauer Räte- regierung unterzeichnet worden ist. In diesem Vertrage sucht die russische Sowjetregierung durch weitgehende Konzessionen sich die Sympathie Persiens zu sichern. In den Artikeln 1 und 2 erklärt die Sowjetregierung die Aufhebung sämtlicher Verträge, die der frühere russische Staat mit Persien oder mit einer dritten Macht über Persien geschlossen hat. Wer sich erinnert, daß noch während des Krieges große Teile Persiens völlig in russischer Hand waren, daß vor dem Kriege Persien in drei Sphären eingeteilt war: in die nördliche russische, die südliche englische Einflusssphäre und die mittlere neutrale, der kann leicht verstehen, welche Bedeutung diese Artikel für die persische Selbstständigkeit haben. In den Artikeln 4 und 5 annuliert die Sowjetregierung nicht nur die persischen Schulden, sondern überläßt auch die Distanta-Bank samt ihren Besitztümern, ihren gesamten Außenständen, sowie ihrem Vermögen dem persischen Staat. Damit hat auch die Finanzhöhe des früheren russischen Staates über Persien ein Ende genommen. Aber auch die von der russischen Regierung völlig oder zum Teil erbauten Straßen, Landstraßen, Brücken und Hafenanlagen werden Persien zugesperrt. Sämtliche russischen Konzessionen, nicht nur die des russischen Staates, sondern auch die seiner Staatsangehörigen, werden für null und nichtig erklärt gegen die persische Verpflichtung, die Konzessionen weder an andre Mächte noch an deren Staatsangehörige zu vergeben. Ein neuer Schritt zur Selbstständigmachung des persischen Staates. Auch die alte religiöse Agitation der früheren russischen Regierung wird aufzuhören. In bezug auf den Handelsverkehr sichern beide Staaten sich für ihr beiderseitiges Gebiet das Recht der freien Warendurchfuhr ein. Der Handelsverkehr und die Zollabgaben für russische Waren, die nach Persien eingeführt werden, sollen durch eine besondere Kommission geregelt werden, die aus Vertretern Russlands und Persiens besteht. In bezug auf die englisch-russische Orientfrage sind die Artikel 19 und 20 die wichtigsten, die besagen: „Falls feindliche Truppen von russischem Gebiete aus Russland auszugreifen drohen und Persien nicht in der Lage ist, diesen Angriff abzuwehren, wird es, nachdem Russland die Anmarschsfähigkeit der persischen Regierung darauf gelernt hat und die Notwendigkeit der Abwehr nachgewiesen hat, den Einmarsch russischer Truppen nicht hindern. Russland wird auch Übergriffe seitens Armeniens und Aserbaidschan Persien gegenüber verhindern. Falls Marineoffiziere, die im Dienste der persischen Regierung stehen, ihre Stellung zu feindlichen Schritten gegen Russland missbrauchen, so kann Russland ihre Abberufung verlangen.“ Es genügt zum Verständnis, darauf hinzuweisen, daß diese Marineoffiziere englische Instruktoren und daß Aserbaidschan und

Kemten mit England identisch sind. Es wäre ein festerer Zufall, wenn der nationalistische Staatsstreich, der Ende Februar das Kabinett Zia-eddin an die Regierung brachte und der von langer Hand vorbereitet war, ohne Zusammenhang mit diesem Vertrag wäre. Die nationalistische Masse dieses Staatsreiches kann ebensoviel wie die vorsichtige Ausdrucksweise des Vertrages verschleiern, daß sie sich schärfer mit ihrer Spiege gegen England wenden. Es scheint nach alledem klar zu sein, daß die Sowjetregierung Persien ihre Hilfe bei der Erfüllung der politischen Selbständigkeit, bei der Befreiung vom englischen Einfluß angestrebt hat, und zwar unter der vorläufigen Aufopferung wesentlicher eigener Einflussinteressen in Persien. Die Anfang März durch Zia-eddin neu gebildete Regierung erweckt sich bisher durch kluge Reformen viele Sympathien; das Programm der äußeren Politik zeigt, daß das Ziel der nationalen Selbständigkeit seineswegs aufgegeben, sondern mit aller Energie angestrebt wird. Das letzte englisch-russische Abkommen, durch das England Persien völlig unter seinen Einfluß zu bringen hoffte, wird von der Regierung verworfen, zumal im Parlament sich nicht nur heftige Opposition, sondern sogar Obstruktion dagegen gestellt machte. England, das sich bereits am Ziel seiner Wünsche glaubte, sieht sich damit vor neue große Schwierigkeiten gestellt, wenngleich es auch leitewegs die Hoffnung auf die Erreichung seiner Pläne etwa schon völlig aufgegeben hat. Weiterhin gehört zum Programm der persischen Regierung die Zurückziehung der fremden (hies: englischen) Truppen, die Aufhebung der Kapitulationen und die Abänderung der an die ausländischen Mächte erzielten Konzessionen. All diese Dinge zeigen, daß offenbar unter dem Einfluß der Sowjetregierung ein ernstes Ringen des persischen Volkes um seine nationale Selbständigkeit begonnen hat. Da England mit dieser nationalen Selbständigkeit seine eigenen Interessen bedroht sieht, so wird Persien der Konzessionspunkt der nächsten Kämpfe im Orient sein. Hier werden zum ersten Male die russischen und englischen Interessen hart aufeinanderprallen.

Kritische Stunden.

Die Sitzung des Reichskabinetts, in der nach der Rückkehr Dr. Simons aus der Schweiz die Frage entschieden werden sollte, ob und mit welchen neuen Vorschlägen Deutschland den Sieg, mit dem die französische Regierung für den 1. Mai droht, parieren sollte, hat gestern stattgefunden. Ueber ihr Ergebnis wird, wie es sich bei der Herrschaft der alten, verkrachten Geheimpolitik und Geheimdiplomatie in Deutschland versteht, strengstes Stillschweigen gewahrt. Alles, was die deutsche Oeffentlichkeit erfahren darf, ist folgendes offizielle Communiqué:

Berlin, 13. April. Das Reichskabinett hat in der heutigen Sitzung die politische Situation eingehend erwogen. In der Beurteilung der Lage ergab sich Einmütigkeit.

Eine so schole Behandlung hätten nicht einmal die sammelkommenden Deutschen verdient. Abgesehen davon aber bleibt noch sehr zu bezweifeln, ob selbst die wenigen Worte, die der Oeffentlichkeit vorgelegt werden, völlig zutreffend sind. Denn die Germania, das führende Zentrumsblatt, weiß, wie aus einer an anderer Stelle veröffentlichten ehemigen Drahtmeldung hervorgeht, von schweren Gegensätzen innerhalb der Reichsregierung über die Stellung zur Simonsohen Politik der Rückkehr zur Aktivität in der Wiedergutmachungsfrage zu berichten. Es ist nicht anzunehmen, daß der Widerstand gegen die Politik Simons, hinter dem als treibende Kraft die Schwerindustrie und ihr Beherrcher, der ungetreue König Deutschlands steht, ohne weiteres gebrochen werden könnte, und es werden daher die nächsten Tage überaus fechtig werden; in ihnen wird die Entscheidung darüber fallen, ob sich in Deutschland der Wille zur Verständigung mit den Alliierten und zur rücksichtigen Anerkennung seiner Wiedergutmachungsverpflichtungen durchsetzt oder ob es vollends zur Peute der großkapitalistischen Vampire werden soll.

Nicht weniger kritisch als in Deutschland ist die Lage augenscheinlich im Lager der Alliierten. Während nämlich die offizielle Politik Frankreichs dahin gerichtet ist, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland zu hinterstellen und an ihre Stelle einen Zahlungsbefehl einzutreiben ab 1. Mai 1921, zu sehen, scheint man in England die deutsche Regierung ermutigen zu wollen, dem drohenden Verhängnis durch neue Vorschläge zuwzusezommen. Darauf deutet folgendes, offenbar inspiriertes Reutertelegramm hin:

Bondon, 13. April. Das neutrale Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Ein vernünftiges Angebot, das Deutschland zufrieden in der Absicht machen würde, die berechneten Auflagen der Alliierten zu bestreiten, würde von der britischen Regierung mit großzügiger Auseinandersetzung aufgenommen werden.

Auch englische Zeitungen, die sich im allgemeinen sonst nicht durch übermäßige Deutschfreundlichkeit auszeichnen, blasen dieselbe Melodie. Wir erhalten darüber folgende Drahtmeldung:

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus London wird gemeldet: Die Morningpost berichtet heute aus Paris: Die Wiederherstellungscommission habe zu ihrer eigenen Überraschung festgestellt, daß das seinerzeitige deutsche Angebot eine Summe darstelle, die den von der Pariser Konferenz geforderten Beitrag überschreite. Dafür behauptet, daß das in London in eingeweihten Kreisen längst bekannt sei, daß das Simonsohe Angebot tatsächlich den Pariser Forderungen entspricht.

Anderseits lädt Frankreich bereits seinen Koch als Deutschen-richter aus der Versenkung auftauchen. Darüber wird gemeldet:

Paris, 13. April. Havas berichtet: Brian empfing im Verlauf des heutigen Vormittags Marshall Foch und General Wengand. Dem Botschafterrate, der heute vormittag unter dem Vorstoß von Jules Cambon tage, wohnte gleichzeitig Marshall Koch bei. Der Rat nahm Kenntnis von den Berichten des militärischen Verbandsausschusses in Verfaßtes über die Wiederaufnahme der Erzeugung von nichtmilitärischen Aufschlußmaterial in Deutschland und davon, daß die deutschen Festungen im besetzten Gebiet den neuzeitlichen Anforderungen nicht mehr entsprechen.

Die französischen Sozialisten treten für die Amsterdamer Vorschläge ein.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Eine Meldung aus Paris besagt: Kurios wird in der Kammer einen Antrag der sozialistischen Gruppe eingebracht, der die Regierung auffordert, die diplomatischen Verhandlungen zur Beschränkung der Wiederherstellungsaufgaben wieder aufzunehmen. Die Arbeiten sollen auf den von der sozialistischen und gewerkschaftlichen Konferenz in Amsterdam angegebenen Richtlinien erfolgen.

Opposition gegen die Einfuhrabgabe in Frankreich.

Paris, 18. April. (L. B.) Die französische Deputiertenkammer begann Mittwoch vorzeitig die Besprechung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer fünfprozentigen Taxe auf die Einfuhr deutscher Waren. Der Abg. Margaine hält den Gesetzentwurf und erklärte, daß er keine andre Wirkung haben

werde, als auf dem Wechselsatz schwer zu lasten und die Kosten der Lebenshaltung zu erhöhen. Auch der Abg. Puchi erklärte, daß der Gesetzentwurf nicht die Wirkungen haben werde, die man von ihm erwarte. Der sozialistische Abgeordnete Blum erklärte, daß der Gesetzentwurf nur die Wirkung haben würde, die Ein- und Ausfuhr zwischen Deutschland und Frankreichlahmlegen. Die Fortsetzung der Debatte wurde danach auf Donnerstag vormittag vertagt.

Keine französische Aufforderung an Polen.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat die polnische Regierung keinerlei Aufforderung seitens der französischen Regierung zur Beteiligung an eventuellen Sanktionsmaßnahmen erhalten, wie das mehrfach in letzter Zeit behauptet wurde.

Die deutschen Beamten zum Widerstand verpflichtet.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat das Reichsfinanzministerium auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes an alle Finanz- und Zollbeamten des besetzten Gebietes eine Rundbefragung erlassen, in der es die Beamten anweilt, daß den interalliierten Behörden sie die Durchführung der mit den Sanktionen verbundenen Zollmaßnahmen keinesfalls zur Verfügung zu halten. Die Beamten, die sich dadurch schweren gerichtlichen Verfahren aussehen, sind dadurch in einen schweren Gewissenskonflikt geraten.

Ob dieser Weg am schnellsten zur Erreichung des höchsten Ziels unserer Außenpolitik, der Verständigung mit den Alliierten, führen wird, wagen wir sehr stark zu bezweifeln.

Die Arbeit der Reparationskommission.

Paris, 13. April. (Havas.) Die Reparationskommission erklärt, daß sie die Anhörung der deutschen Delegation über die Feststellung der deutschen Schuld beendet hat. Die Schadensfakten, welche von den verschiedenen Mächten eingerichtet worden waren, wurden sämtlich der deutschen Delegation zwischen dem 9. und 20. Februar weitergegeben. Der Kommission sind über 120 deutsche Denkschriften zu den Schadensfakten ausgegangen. Sie hat außerdem etliche hundert Nachfragen der deutschen Delegation nach näheren Einzelheiten beantwortet, anderseits hat sie den deutschen Sachverständigen die Möglichkeit gegeben, mit den Sachverständigen der Verbündeten zusammenzutreffen, um gemeinsam die Schadensfakten durchzuprüfen. Schließlich hat sie in seierlichen Sitzungen, insgesamt 20, vom 22. März bis 12. April, die deutsche Delegation selbst angetreten. In den nächsten Sitzungen wird die Kommission endgültig den Betrag der Schadensfakten festsetzen, welchen Deutschland in Gemäßheit des Friedensvertrages zahlen muß.

Der heilige Egoismus.

Amerikas Stellung zu den Weltproblemen.

Die Botschaft Hardings, die nun im Wortlaut vorliegt, läßt über die Richtlinien der amerikanischen Außenpolitik keine Zweifel mehr. Sie macht offenbar, daß die Schwankungen des Kurses zwischen der Völkerbundspolitik Wilsons und der Nichteinmischungspolitik des amerikanischen Senats endgültig überwunden und der Mittelpfad eingeschlagen wurde, der am ehesten zur Erreichung des obersten Ziels der amerikanischen Außenpolitik führt: der Wahrung seiner eigenen Interessen bzw. der Interessen seiner Kapitalistensklave. Datum wendet sich Amerika endgültig vom Entente-Völkerbund ab, der ihm nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte gibt und die Herstellung eines dauernden Friedens in Europa, an dem Amerika zweifellos viel gelegen ist, nicht verbürgt, darum wird es seinen Frieden mit Deutschland schließen, den es zur Belebung seiner durch die Krisis geschwächten Wirtschaft braucht. Über andererseits ist es fest entschlossen, keines seiner "Rechte" preiszugeben, die ihm aus der Beteiligung am Kriege und der Mitwirkung am Sieg erwachsen. Es wird darum, ohne irgendwelche Verpflichtungen auf sich zu nehmen, seine ganze, durch den Krieg gewaltig gesteigerte Macht in die Magdalena legen, um seine Interessen bei der Ordnung der europäischen und kolonialen Verhältnisse zu wahren. Dass es sich aber für Amerika nur um die Wahrung seiner eigenen Interessen handelt, geht schon daraus hervor, daß es im Kampf um die Reparationen, der sich augenscheinlich zwischen der Entente und Deutschland abspielt, die Rolle eines lässigen Beobachters spielt und keine Miene macht, aus seiner Reserve herauszutreten, am wenigsten zugunsten Deutschlands.

Wir geben im Nachstehenden die wichtigsten Stellen der Botschaft Hardings wieder:

An dem augenscheinlichen Bunde einer Weltregierung mit seinen Überwollmächten wird unsere Republik keinen Teil haben. Es ist nur fair, der Welt im allgemeinen und unseren Alliatierten im Kriege im besonderen zu erklären, daß der Völkerbundvertrag unsere Genehmigung nicht erhalten kann. Ganz offenkundig wurde das höchste Ziel des Völkerbundes dadurch hinzüglich gemacht, daß der Bunde mit dem Friedensverträge vereinigt und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger im Kriege wurde. Die fundamentalen Ziele, die jede solche Vereinigung zu erreichen sucht, können nicht gehoben, solange diese Vereinigung das Organ irgend eines besonderen Vertrages ist oder zur Erreichung der besonderen Ziele irgend einer Nation oder Gruppe von Nationen bestimmt ist. Das bei den Wahlen gegebene Versprechen, nach einem Verbande der Nationen zu streben, wird treu gehalten werden.

Mit Bezug auf die Frage eines Sonderfriedens mit Deutschland sagt Harding in der Botschaft außer dem bereits Gemelde noch: Die Vereinigten Staaten stehen als einzige unter den alliierten und assoziierten Mächten noch technisch im Kriegszustand mit den Mittelmächten. Diese anomale Lage darf nicht weiter fortbewährt, und um technisch den Friedenszustand ohne Bezug herzustellen, würde ich eine diesbezügliche Erklärung des Kongresses mit den Einschränkungen, die wesentlich sind, um alle unsere Rechte zu schützen, zu tun. Es würde unglaublich sein, eine Darlegung über die zukünftige Politik mit Bezug auf europäische Angelegenheiten in einer solchen Erklärung des Friedenszustandes zu machen. Es würde eitel sein separate Friedensverträge mit den Mittelmächten zu schließen unter der Annahme, daß dies allein hinreichend sein würde, da die Lage so verwickelt ist, daß unsere Friedensverbindlichkeiten alle Weltbeziehungen und bereits erfolgte Regelungen nicht ausser Acht lassen dürfen. Bei der Wahrung unserer eigenen Rechte und bei der Feststellung unserer zukünftigen Beziehungen würde als der glücklichere Weg die Annahme der Verstärkung unserer Rechte und Interessen, wie sie bereits der bestehende Vertrag vorstellt, erscheinen, natürlich unter der Annahme, daß dies bestmöglich erreicht werden kann durch konsistente Vorbehalt und Abänderungen, die unsere unabdingbare Befreiung von nicht ratsamen Verpflichtungen sichern und alle unsere wesentlichen Interessen schützen.

Harding erklärt weiter, der Anteil Amerikas bei der Neuerbung und Wiederherstellung könne nicht außer Acht gelassen und müsse genau bestimmt werden. Nachdem die Überregierung des Bundes endgültig abgelehnt und der Welt mitgeteilt worden sei, und nachdem der Friedenszustand zu Hause erklärt worden sei, könne Amerika dazu übergehen, vertragliche

Beziehungen abzuschließen, die so wesentlich seien für die Anerkennung der Rechte der amerikanischen Nation, und von neuem einen Anteil bei dem Anschluß an die Völker der Welt bei der Verfolgung des Friedens nehmen. Amerika habe seine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa. Diese Missionen müssen geschaffen werden, bevor der menschliche Friedenszeit wieder eingesetzt könnte. Hilfsbereitschaft, erklärt Harding, bedeutet jedoch nicht Verwaltung, und Teilnahme an wirtschaftlichen Anordnungen bedeutet nicht eine Bürgschaft für Vertragsverpflichtungen, die uns nicht betreffen, und an denen wir keinen Anteil haben. Harding sagt zum Schlus für die vollständige Wiederherstellung des Friedens und seine Beziehung zu der Verwirklichung der amerikanischen Bestrebungen nach einem Verbande der Nationen zur Unterstützung der Welt ohne Weltregierung werde er sich vorbereiten, indem er sich das hohe Privileg und die übertragende Pflicht der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Periode der Welt vor Augen halte.

Hardings Schutzpolitis.

Washington, 12. April. Die Botschaft des Präsidenten Hardings an den Kongress enthält folgende Vorschläge: 1. Die sofortige Bekämpfung einer Tollartsgesetzegebung. 2. Maßnahmen zwecks wirtschaftlicher Betrieb der Eisenbahnen bei Herabsetzung der Kosten. 3. Schaffung besserer Straßen. 4. Maßnahmen zur Regelung und Förderung des Haars- und Holzflugs. 5. die Schaffung und Aufrechterhaltung einer großen amerikanischen Handelsmarine. 6. Maßnahmen, um in einer praktischen Weise den ehemaligen Kriegsteilnehmern die Dankbarkeit des Landes zu zeigen. 7. eine neue Regelung des Steuerwesens. 8. eine methodische und allmähliche Liquidierung der Kriegsschuld des Landes. 9. eine allgemeine Verminderung der Kosten für die Realisierung der Botschaft enthält auch eine Verurteilung der Lynchjustiz.

Washington, 12. April. In der Botschaft des Präsidenten Hardings heißt es weiter: Die Dringlichkeit eines sofortigen Tarifnotgeges kann nicht genug hervorgehoben werden. Ich habe keine Sympathie mit der Idee, daß eine Art eingeführter Waren die Kosten des Lebensunterhaltes herabsetzen wird. Dies wird dadurch unsere Kauffähigkeit zerstören. Eine Revision der Tarifgesetze muß auf eine Schutzpolitis gegründet sein.

Die Revolution beginnt.

Washington, 13. April. Knobz legte heute dem Senat seine Entschließung vor, durch die der Kriegszustand mit Deutschland und Österreich für beendet erklärt werden soll. Die Entschließung, die dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden ist, behält den Vereinigten Staaten alle Rechte aus dem Versailler Vertrage vor.

Zurückstellung des kontraktierten deutschen Eigenums in Honduras.

Berlin, 14. April. (L. B.) Nach dem Berliner Tageblatt hat sich die Regierung in Washington damit einverstanden erklärt, daß man das den Deutschen in Honduras konfiszierte Eigentum zurückstellt. Der Präsident von Honduras will sich in der ganzen Angelegenheit als wirtschaftlicher Freund der Deutschen gezeigt.

Ein französisches Dement.

Paris, 13. April. Nach einer Meldung der Chicago Tribune ist beim französischen Auswärtigen Amt gestern erklärt worden, daß die Washingtoner Berichte, wonach die französische Antwort auf die amerikanische Note in der Mandatsfrage in Washington schon eingegangen sei, sich in Wirklichkeit auf die Bestätigung der Note des Staatssekretärs Hughes beziehe. Es sei hinzugefügt worden, daß eine formelle Antwort über eine Angelegenheit von solcher Tragweite, die alle Alliierten betrifft, bevor sie vom Obersten Rat geprüft werden sei.

Der Staatsanwalt als Rechtsbrecher

Was wir als Folge der Einsetzung von Ausnahmegerichten gegen die Kommunisten vorausgeschenkt haben, ist schon eingetragen. Die Praxis der Rachejustiz, die damit entfesselt ist, greift bereits auf die gesamte Justiz über. Die gesetzlichen Schranken, die der politischen Verfolgung gesetzt sind, werden von effizienten Dienstleistern dieser Rachejustiz ohne weiteres umgestoßen. In Berlin wurde die Note Fahne wegen eines Artikels: Die Henkerjustiz, beschlagnahmt, der sich mit dem Willen der Ausnahmegerichte beschäftigte. Über das genügte dem freudigen Staatsanwalt Jäger noch nicht. Dieser Herr, der in den letzten Tagen durch wahnwitzige Strafanträge vor dem Ausnahmegericht in Berlin-Moabit von sich reden möchte, hat nicht nur das Blatt mit dem angeblich strafbaren Artikel beschlagnahmt, sondern auch Teile der Rollationsmaschine in der Druckerei des Blattes konfisziert, um das Weitererscheinen des Blattes unmöglich zu machen.

In Berlin herrscht kein Ausnahmestand, die Note Fahne kann also nicht verboten werden. Über Herr Staatsanwalt Jäger läßt sich durch solche Kleinigkeit nicht behindern. Es wäre doch zum Lachen, wenn er nicht einen juristischen Grund für die Wahrung der Maschinenteile finden sollte. Er erklärt, daß die Rollationsmaschine ein Gegenstand sei, von dem anzunehmen ist, daß er zur Ausübung von Verbrechen benutzt werde (§ 40 des Strafgesetzbuches). Herr Staatsanwalt Jäger hat also ein Mittel gefunden, um die Freiheit für oppositionelle Blätter still zu schaffen.

Es versteht sich von selbst, daß die deutschen Staatsanwälte dieses Mittel niemals gegen einen antisemitischen Rowdy, wie Herrn Leibus, anwenden werden, selbst wenn er andauernd zum Totschlag der Pazifisten auffordern sollte.

Im Reichstag wird mit dem Justizminister Helze ein kräftiges Wörlein über diesen standhaften Missbrauch der Justiz zu reden sein.

Die Ausnahmegerichte leben ihre Blutpraxis unentwegt fort. Das außerordentliche Gericht zu Halle verurteilte am Mittwoch neun Mitglieder der Kommunistischen Partei, bei denen größere Mengen Sprengstoff gefunden worden waren, mit denen sie das Polizeigebäude in die Luft sprengen wollten, zu Zuchthausstrafen von ein bis zu sieben Jahren. (1)

Die Pressekulis des Großkapitals.

Die Stimmierung der deutschen Presse geht stetig weiter. Stimm begnügt sich aber nicht mit dem direkten Anlauf von Blättern, er dehnt sein Machtbereich auch über die noch nicht geöffneten Organe aus, indem er die Nachrichtenbüros in seine Hand bringt. Der größte Teil aller dieser Institutionen ist bereits in seiner Hand. Die Telegraphen-Union und neuerdings auch die Dammert-Korrespondenz, die für viele Hundert Blätter Nachrichtenmaterial lieferte. Die Art, wie er dieses Bureau unter seine Machtigkeit zu bringen verstand, ist ein reizvolles Kapitel für sich. Da direkte Verhandlungen mit Dammert keinen Erfolg versprachen, so wurde eine besondere Schlinggruppe eingesetzt, die

angeblich mit Stines nichts zu tun hatte und der Dr. Dammert das nötige Kapital für die Vergrößerung seines Betriebes anbot. Nachdem diese Vergrößerung stattgefunden und das Kapitalbedürfnis also erheblich gewachsen war, drohte dann diefe hifreiche Seite plötzlich mit der Entziehung der Gelder, falls Dammert nicht der Übertragung der Anteile an Stines zustimmen werde. Und kurze Zeit darauf wurde dann Dammert selbst aus dem Betrieb einfach hinausgedrängt. Nach der Darstellung der Stinnessexe sollte Dammert all diefe Veränderungen freiwillig eingegangen sein. In einer Veröffentlichung erklärt er indessen jetzt, daß er allerdings seine Geschäftsteile an der Dammert-Verlag G. m. b. H. an den der T.U. gehörigen Buchdruckerverlag abgetreten habe, aber nicht freiwillig, sondern unter dem stärksten Druck ganz gegen seinen Willen. Sein Mitgesellschafter habe ihm eines Tages angekündigt, er werde seine Anteile an den deutsch-nationalen Abgeordneten Hugenberg verkaufen, falls er (Dammert) seine Zustimmung verlasse, so werde er dem Verlag weiteres Betriebskapital verweigern und den Konkurs erzwingen. Dadurch habe sich Dammert gezwungen, seinen Betranteil von 40 Prozent ohne Entschädigung abzugeben und seine seitliche Stellung den Vertrauensleuten des Herrn Hugenberg zu überlassen.

Nicht minder interessant ist, was Dr. Dammert über die Ausstellung der Redakteure in diesen stinnesierten Korrespondenz- und Nachrichtenbüros ausplaudert.

Den meisten Zeitungen wird es ja selbst nicht entgangen sein, welche Tendenzen bei der T.U. hervorbrechen sind, seitdem sie in die Hände des Reichsanwalts Dr. Cremer und des Korvotterkapitäns von Hallendorf übergegangen ist. Inwieweit der Behauptung des Herrn Dr. Cremer, daß die Dammert-Verlag G. m. b. H. unverändert weitergeführt werden soll, Vertrauen geschenkt werden kann, läßt sich schon aus der Mitteilung ergeben, die unmittelbar nach der Übernahme des Verlages von Herrn Dr. Cremer und Korvotterkapitäpn v. Hallendorf den Leitern des Nachrichtendienstes, Herrn Bannach und Herrn Gott, gemacht worden ist. Es wurde ihnen eröffnet, daß sie den Anweisungen der Direktion über Richterwendung gewisser Nachrichten unbedingt Folge zu leisten hätten, und erwähnt, daß bei Nichtbefolgung die verantwortlichen Leiter des Nachrichtendienstes „an die Hamm-Scheine genommen“ würden. Es wurde bezeichnenderweise erklärt, daß derartige Anweisungen der Direktion grundsätzlich nicht krisatisch, sondern nur mildlich gegeben würden, und als Beispiel das Verbot gewisser Nachrichten aus der Montanindustrie angeführt. Herr Bannach hat daraufhin sein Ausscheiden mitgeteilt.

Herr Stines wird sich über das Ausscheiden des Herrn Bannach keine grauen Haare wachsen lassen. Er findet willfährige Kulis genug, die es mit ihrer „Journalistenehre“, die sie bei Pressefesten und ähnlichen offiziellen Gelegenheiten zur Schau tragen, ganz gut vereinbar finden, nach den Diktaten der Schwerindustrie „öffentliche Meinung“ zu machen. Das Bürgeramt hat in seiner Mehrheit auch nichts dagegen einzubringen. Die Arbeiterschaft aber mag aus diesen Enthüllungen entnehmen, wie in bürgerlichen Blättern die Wahrheit stilisiert wird, wie schon das Nachrichtenmaterial, das die verschiedenen Telegraphen und Korrespondenzenbüros liefern, ganz nach Bedarf der Großkapitälien tendenziell gefördert ist. Umso dringlicher ist es, daß das Proletariat seine eigene Presse stärkt. Erst wenn diese so kräftig sich entwidelt hat, daß sie den kapitalistisch verfehlten bürgerlichen Nachrichtenbüros eine eigene Organisation des Nachrichtendienstes entgegensetzen kann, seit dann kann davon gesprochen werden, daß sie der kapitalistischen Vergiftung der öffentlichen Meinung ein wesentliches Gegengewicht entgegenzusetzen vermag.

Die Demonstration gegen die Republik.

Der Tod der ehemaligen Kaiserin gibt allen offenen und verschämteten Feinden der deutschen Republik willkommenen Gelegenheit, ihr monarchistisches Herz zu zeigen. Die bürgerlichen Blätter, bis tief in das genannte demokratische Lager hinein, bringen dem leidenden Leser ganze Spalten von Nachrichten über das Ableben und über das bevorstehende Begegnis der Hohenzollern. Selbst der anspruchsvolle Spiegel wird nicht behaupten können, daß keine Zeitung die Lücke, die der Fall der Hofnachrichten gebracht hat, nicht ausfüllen versteht. Der Bedientenkind des deutschen Bürgers erstrahlt wieder einmal in voller Glorie.

Da es im bürgerlichen Deutschland — abgesehen von vereinzelten wirklichen Demokraten — keine Republikaner gibt, so ist es natürlich, daß die bürgerliche Reichsregierung unter den Teilnehmenden, die in Doorn konstituierten, nicht fehlt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung konnte gestern mitteilen, daß die Reichsregierung „der kaiserlichen Familie“ ihr Beileid ausgesprochen hat.

Natürlich durfte auch die Demokratische Partei in diesem Reigen nicht fehlen. Wie aus Berlin gemeldet wird, wird ihr Vorstand zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion am Sarge der Hohenzoller einen Kranz niedergelegen, der die Inschrift trägt: „In dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohlthat.“

Die Herren Demokraten sind angeblich Republikaner. Sie werden ihre Krönungsrede als eine ganz unpolitische Handlung zu rechtfestigen versuchen, die nur den Verdiensten der Verstorbenen giese. Wir wollen hier nicht weiter untersuchen, was es mit diesen Verdiensten, die natürlich im üblichen Sinn allezeit gefeiert wurden, auf sich hat. Aber selbst wenn die so groß wären, daß sie von einer politischen Partei gefeiert werden müßten, soviel Verstand müßten schließlich auch unsre demokratischen Helden haben, um zu wissen, daß in der von allen Seiten angefeindeten Republik eine solche Kundgebung notwendigerweise einen politischen Charakter gewinnen muß, daß sie auf eine Stärkung der monarchistischen Bestrebungen hinausläuft. Die Herren Demokraten wissen das auch, aber sie können es nicht lassen, denn einmal steht ihnen der Unterton leicht noch tief in den Gliedern, und im Innern ihres Herzens würden sie die Rücksicht des monarchistischen Regimes gar nicht ungern sehen, zum anderen aber fürchten sie, daß ein stilles Schweigen bei diesem Anlaß ihnen noch eine Macht von Wählerstimmen fallen würde.

Wenn die Demokraten also republikanische Überzeugungstreue beweisen, wen kann es da mundern, daß die stinnesierte Reichsregierung sich an der Demonstration gegen die Republik beteiligt. Diese famose renubikanische Reaktion wünscht ja doch nichts lehnlicher, als daß sie einer kaiserlichen Platz machen könnte. Deshalb hat dieses Telestotelegramm nichts Überraschendes, wir wissen das ja längst.

Aber es ist gut, wenn sich die Arbeiterschaft, wenn sich die Republikaner Deutschlands bei dieser Gelegenheit wieder erinnern, daß das gesamte deutsche Vaterland Feind der deutschen Republik ist, daß der Feind der Republik in der Regierung dieser Republik selber sitzt.

Unabhängige Anfrage über den deutsch-russischen Handelsvertrag.

Der Genosse Kunzer hat im Reichstag eine Anfrage eingebracht, in der er darauf hinweist, daß die vorbereitungen für das Zustandekommen eines deutsch-russischen Handelsvertrags befriedigende Abschlüsse machen sollen. Er fragt nun die Reichs-

regierung, ob sie bereit ist, über die Aussichten einer nahen Verwirklichung des Plans eines deutsch-russischen Vertrags Auskunft zu geben. Diese Auskunft wird von der Reichsregierung schon deshalb erbracht werden müssen, weil in letzter Zeit Anzeichen dafür vorliegen, daß nach Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrags gerade von russischer Seite her vom Abkommen mit Deutschland Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Sowjetregierung scheint nicht zu begreifen, daß sie damit lediglich die Weichtheit der deutschen Reaktionäre beloget, die schon bei der bloßen Nachricht über einen solchen Vertrag ihr lärmendes Wehegeschrei erhöhen haben.

Nach den Gewerkschaften die Genossenschaften.

Die Moskauer Tageszeitungen berichten, die kommunistische Zentralleitung der russischen Gewerkschaften habe Schritte ergriffen, um eine Note Genossenschaftsinternationale im Anschluß an die Deutschen Internationale zu bilden. Die Zusammenfassung der revolutionären Elemente in den Genossenschaften soll in derselben Weise erfolgen, wie bei der Bildung der Roten Gewerkschafts-Internationale. Die Mitglieder der neuen Internationale sollen in den mit der Zweiten Internationale assoziierten Genossenschaftsorganisationen verbleiben, um von ihnen heraus den Kampf für deren Eroberung zu führen. Das Blatt unterstreicht die besondere Bedeutung dieser Frage, da die Genossenschaftsinternationale, die in Westeuropa etwa 10 Millionen Arbeiter umfaßt, noch konservativer sei als die politische und gewerkschaftliche Internationale.

Nochmals die Kommunisten die politischen Organisationen der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft gesprengt und ihre Zersetzungsaufgabe in den Gewerkschaften begonnen haben, sollen nun auch die Genossenschaften an die Reihe kommen. Hoffentlich hat das Proletariat aus den bisherigen „Erfolgen“ der kommunistischen Taktik genügend gelernt, um der weiteren Zermürbung der Arbeiterorganisationen durch die Kommunisten den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen.

Gegen die Verbreitung der Falschmeldungen in Oberschlesien.

Auf Grund der Bestimmungen über den Belagerungszustand verfügt der kommandierende General Recomte Denis, um der Verbreitung falscher Nachrichten ein Ende zu machen und um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu wahren, folgendes: Artikel 1. Jede Person, die falsche Nachrichten schriftlich oder mündlich verbreitet, wird vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt. Artikel 2. Jeder Beamte oder Angestellte öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, welcher das Verbreten falscher Nachrichten duldet oder verdeutlicht, wird vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt. Artikel 3. Jeder Beamte oder Angestellte öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, einbezogen alle Polizeiorgane, welcher seinen Posten verläßt, wird verhaftet und vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

Halle a. S. 14. April. (T.U.) Zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen wurde in der Mittwochssitzung des Provinziallandtags der Provinz Sachsen Minister Deiser (Dem.) mit 52 Stimmen gewählt. Für seine Wahl stimmten Demokraten, Zentrum, SPD und USPD. Die Kommunisten gaben weiße Zettel ab. Der Kandidat der Bürgerlichen Vereinigung erhielt 10 Stimmen. Die Wahl erfolgte auf 12 Jahre.

Der Volkerbund über die Hilfeleistung für Österreich.

Gemeine Wünsche und unerfüllbare Voraussetzungen.

Gent, 12. April. In der Antwort der Finanzkommission des Volkerbundes auf das von Frankreich, England, Italien und Japan an sie gestellte Eruchen, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Kredits Österreichs zu ergreifen, heißt es, daß eine Anzahl von Bedingungen erfüllt sein müsse, bevor Maßnahmen zur Wiederherstellung des österreichischen Kredits getroffen werden könnten. Dazu gehört der Beschluss der alliierten Regierungen, für einen noch festzuhaltenden Zeitraum auf die Privilegien zu verzichten, die sie aus dem Vertrage von Saint Germain oder auf Grund der Verpflichtungen genießen, die anlässlich der früher Österreich gewährten Hilfskredite eingegangen werden müssten. Der Zeitraum, für den die Rechte der Alliierten aufgehoben sind, sollte nicht weniger als 20 Jahre betragen. Ferner sollten die Kredite und Kredite jeder Art, die mit Zustimmung des Finanzministers innerhalb der ersten fünf Jahre aufgenommen werden, gegenüber den aufgeschobenen Rechten und Privilegien ein unbeschränktes Prioritätsrecht genießen. Die Kommission spricht so, dann die Überzeugung aus, daß die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens in Österreich in weitgehendem Maße von der freien Ausübung seines Außenhandels abhänge, wovon die österreichisch-ungarischen Nachfolgesstaaten selbst Außen ziehen würden, und betont die Wichtigkeit einer möglichst baldigen Regelung der Aufführung der Schulden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. Bei der Liquidation der österreichisch-Ungarischen Bank sollte Österreich einen gerechten Anteil an den Aktiven erhalten, wodurch die Reorganisation seiner Emissionsbank erleichtert würde.

Die Finanzkommission nimmt davon Kenntnis, daß die österreichische Regierung die Anwendung des Systems der internationalen Kredite wünscht, das vom Volkerbund angenommen wurde, und daß sie bereit ist, ihm die Verwaltung der zur Tilgung der Kredite und Kredite dienenden Einkünfte zu übergeben. Die Aufnahme einer außwärtigen Anleihe oder die Anwendung des Kreditfonds des Volkerbundes sei aber unmöglich, solange die österreichische Regierung nicht selbst bereit sei, deutsliche Maßnahmen zur Gelindung ihres Finanzwesens zu ergreifen. Dazu gehört in erster Linie die Aufnahme einer inneren Anleihe durch Subskription, wodurch das Defizit im Staatshaushalt gedeckt und ermöglicht würde, die Ausgabe von Papiergeleid einzuschränken, ferner die baldmöglichste Heraabsetzung der Abgaben, insbesondere derjenigen für Unterstützungszaehler und Personal.

Beschärfung der Strafbestimmungen gegen die Landesverwiesenen.

Wien, 12. April. Auf den sozialdemokratischen Antrag betr. die strafrechtlichen Bestimmungen im Gesetz über die Bandesverwiesung der Haboburgen hat der Hauptausschuß eine Novelle zum allgemeinen Strafgesetz beschlossen, nach dem die Rückkehr eines durch Bundesgesetz aus dem Gebiet der Republik Österreich Landesverwiesenen als Verbrechen mit schwerem Arrest von fünf Jahren bestraft wird.

Der Danziger Senat gegen Eingriffe des Volkerbundes.

Danzig, 12. April. Auf eine vom Rate des Volkerbundes an den Danziger Senat gerichtete Note, in der er verschiedene Ab-

änderungswünsche zur Danziger Verfassung übermittelte, erklärt der Senat diese Wünsche des Volkerbundes für unberücksichtigt. Dem Volkerbundsrat können das Recht, jederzeit an der Danziger Verfassung Änderungen vorzunehmen, nicht eingeräumt werden, da die Danziger Verfassung unter die Garantie des Volkerbundes gestellt worden sei.

Deutschland. Bald so, bald so.

Erst vor wenigen Tagen haben wir mitgeteilt, daß der Deutschen Nationalen Landbau offenbar zur Belästigung der Landarbeiterstreits von der preußischen Regierung die Überwehrung von 10 000 russischen Landarbeitern gefordert hat und zwar aus den russischen Gefangenlagern. Zur Belästigung der Landarbeiterkreise also waren den Herren Deutschen Nationalen die bolschewistischen Kriegsgefangenen gerade recht, das aber bindet den dem Landbau nahestehenden Abgeordneten Dr. Mittelmann gar nicht, folgende Anfrage an die Reichsregierung zu richten:

In letzter Zeit haben sich in Pommern die Überfälle durch ehemalige russische Kriegsgefangene in erschreckendem Umfang gehäuft. So wurden vor einigen Tagen in Stargard zwei schwer bewaffnete Russen festgenommen, die unter anderem in der Nähe von Callies sämliche Familienmitglieder eines Bewohners gefesselt und dann die Summe von Mr. 8000 erbeutet hatten. Besonders groß ist die Unfreiheit in der näheren und weiteren Umgebung von Altdamm. Die verhältnismäßig große Bewegungsfreiheit, die den in dortigen Gefangenlagern untergebrachten Russen gewährt wird, hat zur Folge gehabt, daß im Hohenflugtal Walde in letzter Zeit wiederholte Raubüberfälle und Stilleitungsverbrechen durch

Zur Beleidigung dieser Zustände, die eine Beunruhigung der Bevölkerung darstellen, erscheint es erforderlich, eine schwere Bewachung des Vogels und eine Aushebung der Urlaubserlaubnisse durchzuführen.

Ist die Reichsregierung hierzu bereit, oder was gedenkt sie zu tun, um der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch ehemalige russische Kriegsgefangene und Infanterie des Vogels Altdamm vorzubeugen?

Ausnützung der Wasserkräfte der Oder.

Um sich für die Versorgung der Stadt Breslau mit elektrischem Strom von der unzureichenden Kohlenbelieferung unabhängig zu machen, beschäftigt der Magistrat von Breslau die jetzt völlig unzureichend ausgenutzten großen Wasserkräfte der Oder für die Erzeugung von elektrischem Strom nutzbar zu machen. Er tritt demgemäß an die Stadtvertreterversammlung mit dem Antrage heran, in Süder- und Norder-Oder alsbald je ein Wasserkraftwerk zu errichten und die hierfür erforderlichen Mittel im Gesamtbetrag von 30 Millionen Mr. bereitzustellen. Die Mittel sollen durch Anleihe aufgebracht werden.

Preissteigerung in Berlin. Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats wird infolge der fortgesetzten Steigerung fast sämtlicher Produktionsunkosten eine Erhöhung des Brotpreises einbrechen, und zwar wird das Großbrot 5 Mr., die Schippe 50 Pf. und das Tausendgramm-Krankenbrot 3 Mr. kosten.

Für die Wiedereinführung der Sommerzeit. Nach einer Meldung des Deutschen Schnelldienstes hat der Deutsche Industrie- und Handelstag in Berlin eine Eingabe an den Reichstag getrieben, in der er um die Wiedereinführung der Sommerzeit im Jahre 1921 bittet.

Vom Flugzeugverkehr. Nach der Märzstatistik der Deutschen Luft-Reederei Berlin sind von 188 planmäßigen Flügen auf den täglich in Betrieb gehaltenen Strecken: Berlin—Dresden und Berlin—Braunschweig—Dortmund nur drei Flüge, also 1.8 Prozent wegen sehr ungnädiger Witterung ausgefallen. Von den getätigten 188 Flügen wurden alle, also 100 Prozent, flugplanmäßig durchgeführt. Befördert wurden im Monat März von der D. L. R. 356 Fahrgäste und 21 426 Kilogramm Ladung.

Kleine Auslandsnachrichten. Frankreichs Verluste in Syrien.

Im Senat gab der Kriegsminister Einzelheiten über die französischen Verluste im nahen Orient. Insgesamt wurden von Frankreich seit Januar 1919 250 000 Mann transportiert. Davon sind 75 000 Mann in die Heimat zurückgebracht worden. Es gab 2400 Verwundete und 3500 Tote; 504 Mann und 70 Offiziere starben in Gefangenschaft. Die Kredite für Syrien wurden vom Senat genehmigt.

Der Bevölkerungsrückgang in Frankreich.

Aus dem in französischen Zeitungen veröffentlichten Ergebnis der Volkszählung geht hervor, daß einzelne Städte, wie Lyon, Nizza und Nizza während des Krieges infolge des Zusausen von außen aufgenommen haben, daß aber die Bevölkerung in der Provinz zum Teil stark zurückgegangen ist und zwar im allgemeinen um zehn Prozent.

Vorbereitungen für Handelsverträge Polens mit England und Italien.

Reuter erichtet von polnischer Seite, daß das polnische Ministerium für Handel und Verkehr gemeinsam mit dem polnischen Außenministerium schlechte Vorbereitungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit England und mit Italien treffe. In Warschau werde demnächst auch eine rumänische Handelsdelegation erwartet.

Die Aufrüstung in England.

Im englischen Unterhaus wurden Nachtragsforderungen auf Erhöhung des Flottenmannschaftsbestandes um weitere 25 000 Mann eingebrochen.

Zur Frage der Volksabstimmung in Salzburg. Der österreichische Regierungsrat teilt der Landesregierung mit, daß er erachtet die Durchführung der Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland verfassungsgerecht für unzulässig. Die Landesregierung empfiehlt daraufhin, von der Volksabstimmung am 24. April abzusehen, die aber im Falle der negativen Entscheidung der Bundesgewalt für einen späteren Zeitpunkt, etwa den 29. Mai, anzuhalten.

Neue Attentate in Barcelona. Am Sonntag und Montag haben in Barcelona vier neue bombastische Attentate stattgefunden. Eine Person wurde getötet, drei wurden schwer verwundet.

Ein neuer Zusammenstoß in Cork. Bei einem Angriff auf die Polizei in der Grafschaft Cork wurden vier Zivilisten verwundet, einer davon tödlich.

Auslösung der kommunistischen Jugendorganisationen in Böhmen. In ganz Nordwest- und Westböhmen sind sämtliche kommunistischen Jugendorganisationen aufgelöst worden.

Annahme des Ausnahmegerichtes in Galizienland. Der griechische Ministerpräsident Gourakis batte in der Nationalversammlung einen Antrag auf Verhängung des Belagerungszustandes gestellt. Die Kammer gab ihre Zustimmung zum Erlass eines partiellen Ausnahmegerichtes, das der Regierung eine Präventivfunktion zuteilt, aber nur über Nachrichten militärischer Art erlaubt.

Bon Rab und Stern.

Verhaftung eines Millionendiebes, Heinrich Kleiner in Leipzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Kleiner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Vorwörter-Polygraph. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Billiger Stoff-Verkauf bei Gebr. Rockmann

Dresdner Straße 75

Unsere günstigen Einkäufe und um unseren Kunden etwas ganz Besonderes zu bieten, mit allerniedrigster Kalkulation, bieten wir an:

140 cm br. braun gestreift Anzugstoff, extra starke Ware ... Meter	33.-
140 cm br. Bogen-Cheviot, grau und schwarz gestreift ... Meter	42.-
140 cm br. kräftiger Anzugstoff, hell, braun, diagonal ... Meter	38.-
140 cm br. Anzugstoff, braun und gemustert ... Meter	38.-
140 cm br. Anzugstoff, hellbraun und gemustert, extra halb ab. feine Ware ... Meter	43.-
140 cm br. grauer, schwerer Loden ... Meter	43.-
140 cm br. Anzugstoff, blau/grau gen uliert, solide Qualität ... Meter	48.-
140 cm br. Anzugstoff, blaue, extra solide Ware ... Meter	53.-
140 cm br. Bogen-Cheviot, feine Quellflocke ... Meter	53.-
140 cm br. Bogenstoff, Gladbadier Komigmärkte, hellbraun ... Meter	53.-
140 cm br. Anzugstoff, braun/oliv gemustert, lehrhölzige Dellins ... Meter	53.-
140 cm br. Cheviot, Covercoat-Farbe ... Meter	58.-
140 cm br. Anzugstoffe in 8 vor. Idiolen, feinen Dellins ... Meter	58.-
140 cm breite Anzugstoffe, der neuell. Mode entsprechend ... Meter	68.-
140 cm breite Anzugstoffe, der neuell. Mode entsprechend, helle Dellins ... Meter	78.-
140 cm breiter schwarzer Cheviot ... Meter	98.- 88.-

Von der großen Auswahl sind in den Schaufenstern nur wenige Sachen ausgestellt und bitten wir deshalb, unter Jüger zu bestellen.

Geyers billige Lebensmittel	
Schweineschmalz	Pfund 10.25
Tafel-Margarine	Pfd. 8.70
Speck geräuchert	Pfd. 10.00
Corned beef, ausgemogen	Pfd. 7.80
Käufleiste	Pfd. 8.70
Leberwurst	Pfd. 8.70
Schweinefettfleisch	Pfd. 11.00
Tafelöl	Pfund 11.00
Johannisebe-Marmelade	Pfd. 4.50
Breihelbeer-Kompott	Pfd. 2.80
Erdbeeren, grüne, Pfd. 1.90	Reis, Pfd. 2.30
Würste, Pfd. 3.00	Grich, weiß, Pfd. 2.60
Hofbirne, 3.25	Brotkörnchen, Pfd. 1.70
Gülzianen 17.50	Rorinthen, Pfd. 11.50
Hofkäse, Pfd. 2.80	Abeln, Pfd. 6.50
Kakao, garantiert rein	Pfd. 17.00
Kernfeife	Doppelriegel 2.75
Kristall-Soda	Pfd. 1.00
Schönefeld, Paul-Heyse-Straße 20	
Kleinzschocher, Wigandstraße 48	



Blutfrische Seefische	1 Mk.
ohne Kopf	Pfund von 100 Pfund 125 Mt.
Die beliebten Fisch-Rötelletten	Pfund Mt. 2.00
Blutfrische Grüne Heringe	1 Pfund 2.00. 3 Pfund 5.75
Prima Salz-Voll-Heringe	Pfund Mt. 1.00
Neue Norw. Voll-Heringe	Pfd. 1.50 - 2.00
Neue Schotten-Heringe	Pfund 3.50 - 4.00
Gratis! Auf 2 Pfund Heringe gratis!	

Billigstes Fleisch!!	
Fuchsrücken und Kaulen	Pfd. 3-4 Mt.
(leicht leidenschaftlich und nahrhaft)	
Wilde Kaninchen, geschnitten, Stück v. 2,- 3,- Mt. an Stücken von 1.50 Mt. an u. eines Wild u. Wildschwein	
Leipziger Wild-Zentrale	Hainstraße 21 Durchgang.

Dr. Oetker's
Puddingpulver
in
feinster
Friedensqualität
ist wieder überall zu
haben. Man achtet darauf, daß
man die echten Fabrikate mit der
Schutzmarke „Oetker's Hellkopf“ erhält.

Leder im ganzen wie im Ausschnitt sowie sämtl. Schuhbedarf ist wieder überall zu kaufen von 10 Mark an auf alle Artikel 10 Prozent Rabatt. Bitte genau auf Firma C. Middin, Lederhandlung, Tauchaer Straße 16 zu achten.

Trauringe Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. 1.

Schuhwaren Total-Ausverkauf

wegen **vollständiger** Aufgabe dieses Geschäfts.

Staunend billige Preise!

Beginn des Ausverkaufs:
Freitag, 15. April
vormittags 10 Uhr.

Eisenbahnstr. 55.

Geschäftshäuser des

**Konsum-Verein
L.-Plagwitz u. Umg.**

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

Leipzig - Plagwitz Leipzig - Reudnitz
Karl-Heine-Straße Nr. 107 Dresdner Straße Nr. 55

Es ist uns gelungen, einen grösseren Posten

Anzug - Stoffe

zu erwerben, die wir zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf bringen. Die Stoffe sind ca. 140 cm breit, von ausgezeichneter Haltbarkeit, in schönen hellen und dunklen Farben und in modernen Mustern.

Serie I Serie II Serie III
Meter Meter Meter
60.- 75.- 98.-

Keine Kriegsware!

Wir empfehlen unseren werten Mitgliedern, diese günstige Gelegenheit nicht zu versäumen.

Unsere Mass-Abteilungen

liefern Anzüge, Paletots, Kostüme in vorzüglicher Arbeit und kürzester Zeit bei billigster Berechnung.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Reinholdhöher. Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung in der Terrasse. Tagesordnung: Die Wirtschaftsfrage und das Proletariat. Red.: Gen. Dr. Braunthal. Auskredite, Parteiangelegenheiten. Zahlreiche Besuch erwartet. Der Vorstand. NB. Funktionäre erhalten in dieser Versammlung Generalversammlungen Vertreterarten.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Gaußsch. Neuer Turnverein. Sonnabend, 16. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag: Warum turnen wir? Referent: Turng. Gessler. Bundesvorsteher. Erwähnt als Gäste sowie sämtliche die Öster aus der Schule entlassenen sind hierzu herzlich eingeladen. Die Vorturnerheit. Der Turnrat.

Radfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Knautsieberg, Sonnabend, 16. April, Vereinsversammlung im Gaithof zum weißen Rob. Anfang 7 Uhr

Das Zahnpulver Nr. 23

- Gesetzlich geschützt. - Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt P. Bahr. Erhält die Zähne gesund und blendend weiß. In allen Apotheken und Drogerien.

Nach mehrjähriger speziellistischer Ausbildung habe ich mich als

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden

niedergelassen

Röntgen- und Lichtbehandlung

Sprechstunden: 9-1, 3-6. Sonntags 10-12 Uhr

Dr. med. Hans Abelsohn

Frankfurter Straße 1. II.

Familien-Nachrichten

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß am 12. April, abends 8 Uhr, im Krankenhaus St. Georg unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Großvater, der Schmied,

Wilhelm Rosche

nach schwerstem, mit größter Geduld ertragtem Leben im 68. Lebensjahr sanft verstorben ist.

In tiefer Trauer

Alwin Rosche

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Einsäherung Sonnabend, 16. April, früh 10 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Am 12. April entstieß sanft und ruhig nach schwerem Leiden im 38. Lebensjahr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Ida Heller geb. Schöller-Hahnemann

Wer sie gefaßt wird unser Schmerz ermessen!

Leipzig, Dienstag, den 13. April 1921

Kreuzstr. 16, III. Richard Heller u. Kind.

Beerdigung Sonnabend 11 Uhr auf dem Südfriedhof.

Statt Karten. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen

Fräulein Auguste Fröhlich

lagen wir allen unseren liebenden Freunden

Leipzig, den 12. April 1921.

Der liebenden Eltern Karl Fröhlich nebst hinterbl.

Für die liebevolle herzliche Anteilnahme beim Tode und Beisein meines lieben Mannes, unseres guten treuherzigen Vaters, Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Balthirtes

Herrn Michael Dietzel

lagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie allen beteiligten Vereinen u. m. unseren liebenden Freunden Danke für die trostreichen Worte am Grabe. Dies alles hat unseren Herzen so wohgetan.

Leipzig, Bornaische Str. 100, 18. April 1921

Gaithof Golbener Stern.

In tiefer Trauer

Mario Dietzel geb. Lohas und Kinder

zurzeit im Namen aller Hinterbliebenen.

Denk. Liefergeführt durch die große Teilnahme bei dem so frühen und plötzlichen Heimgang unseres teuren einzigen Sohnes

Alfred Mai

lagen wir allen Bekannten, Freunden u. Verwandten sowie der Fa. Stöhr & Co. der Beamtenchaft und Militärarbeiter der Kaserne für die große Teilnahme und den Blumenstrom, insbesondere Herrn Pfarrer Göbel für die trostreichen Worte am Grabe, unseren

tiebem Funden Danke.

Reinhold Mai nebst Frau.

Die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme der Kollegenschaft und der Krankenkassen, Verwaltung

der Fa. Rudolf Sad, L.-Plagwitz, sowie dem Metall-

arbeiter-Verband, allen Freunden und Bekannten,

beim Heimgang unseres teuren Entschlafenen,

Herrn Felix Raschke

haben wir liebem Funden, Allen hierdurch unseren

herzlichen Danke.

Gaußsch. den 14. April 1921.

Frau verw. Raschke nebst allen Hinterbliebenen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. April.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung. Kartellausschuss, Stadtverordnete, Ausschuss des Sportkantons. Freitag, 15. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus (Kolonnade).

Hauptvorstand Groß-Leipzig. Kartellausschuss und Bildungs- ausschuss. Freitag, 15. April, anschließend an die Leitungssitzung, gemeinsame Sitzung im Volkshaus.

Der Hauptvorstand.

Ortsverein P.-Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Heute abend Generalversammlung in den Westendhallen. Vollzähliges Erheben ist notwendig.

Der Vorstand.

Ortsverein Leipzig-Süd. Genossinnen und Genossen, die sich an der Parteiarbeit mit beteiligen wollen, sowie sämtliche Funktionäre treffen sich Donnerstag, den 14. April, abends Punkt 18 Uhr, im Restaurant zur Krone (Wöltcher).

Frauenagitationskommission Groß-Leipzigs USPD. Freitag, den 15. April, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 7.

Teilnehmer der Kinderpielnachmittage. Sonnabend, den 16. April, 1/2 Uhr abends, Zusammenkunft im Jugendheim, Brühlstraße 17.

Am 1. Mai

demonstriert die revolutionäre sozialistische Arbeiterschaft aller Länder

gegen die Gewalttaten des Entente-Imperialismus,

gegen den kulturrendlichen Militarismus,

gegen die Rüstungen zu neuen Kriegen,

gegen die Vergewaltigung und Verklavung des Proletariats durch den internationalen Kapitalismus —

für die Befreiung der Gewaltfriedensverträge,

für das Selbstbestimmungsrecht der Völker,

für die Abrieglung,

für den Völkerfrieden,

für die Befreiung aller Ausgebeuteten und Gefreiteten durch den Sozialismus!

Darum Genossen und Genossinnen, Männer und Frauen des proletarischen Volkes

Rüssel zur Masseier!

Die Sitzung der Stadtverordneten.

Die Sitzung vom 13. April hatte trog ihrer 28 Tagesordnungspunkte den Vortrag, daß sie nur verhältnismäßig kurze Zeit dauerte, wodurch sie sich angenehm von den üblichen Dauerstunden unterschied. Nachdem der Vorsteher, Genosse Seeger, die Eingänge bekanntgegeben hatte, kam als erster Beratungsgegenstand eine Eingabe wegen

Gewährung von Zuschüssen zu den Gehältern der Lehrkräfte an

den Leipziger Privatmädchen Schulen

zur Verhandlung. Die Lehrkräfte dieser Schulen beziehen etwa 7000 M. Gehalt, während ihre Kollegen an öffentlichen Schulen bis zu 25 000 M. Gehalt bekommen. Die Lage dieser Lehrkräfte kann also nicht bestritten werden. Umstritten ist aber der Weg, wie geholt werden soll. Der Schul- und der Finanzausschuss wollten die Unterstützung der Privatschulen genehmigen, wenn sie sich zur Verständigung bereit erklärten. Wie diese Zustimmung zur Verständigung aussehen sollte, ging aus der Erklärung des Bürgermeisters Roth hervor, der ganz offen sagte, der Zeit sei die Verständigung nicht durchführbar, angeblich weil es der Stadt an Schulsäumen für die Schülerinnen aus den Privatschulen fehlt. Für die unabhängige Fraktion brachte Genosse Freitag die grundsätzliche Auffassung zum Ausdruck, daß das Schulwesen öffentliche Angelegenheit und daher den privaten Unternehmern zu entziehen sei. Treffend sagte der Redner, es sei bezeichnend, daß die Leute, die ihre Töchter nicht in die allgemeinen Schulen schicken, die Lehrkräfte in den Privatschulen wie die Dienstboten bezahlen. Auch die Rechtssozialisten erklärten sich als grundsätzlich Gegner der Unterstützung dieser Privatschulen. Damit war das Schicksal der Eingabe besiegelt, die Anträge der Ausschüsse auf Gewährung der Unterstützung wurden mit 37 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Otto Pollendorf war im Gegenatz zu seinen Parteifreunden Hagen und Frau Hoyer für die Unterstützung eingetreten, er vermochte aber die Ablehnung auch nicht zu verhindern.

Bei der Beratung der Vorlage wegen der

Entsendung von Leipziger Kindern aus Land

(die wir besonders behandeln), kritisierte Genosse Schilling,

dass die erholungsbedürftigen Kinder, deren Eltern den Verpflegungsbeitrag von 4 M. täglich nicht aufbringen können, zu zulasten müssen gegenüber den Kindern zahlungsfähiger Eltern, sie verlangte, daß mit dieser Regelung gebrochen werde. Höffentlich werden diese durchaus berechtigten Wünsche von der Geschäftsstelle "Stadt Kinder aus Land" berücksichtigt, sonst müßten sich die Stadtverordneten und die Oeffentlichkeit einmal eingehender mit der Angelegenheit beschäftigen. Die Ausschüsse beantragten, es sollten einmal verschwiegene mindestens 100 weibliche Schulenklassen außerhalb der geforderten 740 000 M. aus dem Land geschieden werden. Der Ratsvorlage und dem Ausschussantrag wurden zugestimmt.

Den Bau von Kleinwohnungen

beirat eine Ratsvorlage über das Wohnungsbauprogramm für 1921. Bekanntlich haben die Stadtverordneten im Dezember 1920 50 Millionen M. für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Das Bauprogramm für 1921 hat zu langwierigen Verhandlungen in den Ausschüssen geführt, ein Teil der Ratsvorlagen wurde von den Ausschüssen abgelehnt. In der gestrigen Sitzung berichtete Genosse Beyer eingehend über die Ausschussverhandlungen, wobei er im besonderen hervorhob, daß die Ausschuszmehrheit befürwortet Wert auf die Ausführungen der Bauten in eigener Regie der Stadt legte. Weil die Ausschuszmehrheit bei den Ratsvorlagen die Interessen der Gesamtheit gegenüber den privatkapitalistischen Interessen nicht genügend gewahrt sah, lehnte sie einen Teil der Ratsvorlagen ab.

Die Bauunternehmen Kirmse und Krebschmar und nach ihnen auch Herr Bollerhof, versuchten bei dieser Gelegenheit die Interessen der privaten Bauunternehmer wahrzunehmen und die Neubauten zu sabotieren. Herr Krebschmar beantragte noch einmal, die öffentliche Ausschreibung der Arbeiten, worauf er sich vom Stadtrat Hoffmann legen lassen mußte, daß die Ausschreibung jetzt nur den Zweck haben könne, die Bautätigkeit zu verhindern. Auf Antrag des Rechtssozialisten Hagen wurden einige Teile der Vorlage zur nochmaligen Beratung an die Ausschüsse zurückverwiesen, was der Genossen Beyer veranlaßt zu beantragen, daß nach diesem Beschluss notwendigerweise auch ein Teil der übrigen Bausätze zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen werde. Auch dieser Antrag wurde angenommen, so daß in der gestrigen Sitzung nur der kleinste Teil der Ratsvorlage Zustimmung fand. Die Ausschüsse werden ihre Arbeit befreunen müssen, damit die Bauten bald begonnen werden können.

Aus den 25 Punkten, die sonst noch zur Beratung standen, sind besonders hervorzuheben die Beschlusssitzungen über

Schulangelegenheiten.

Eine Eingabe wegen der Vergabe von Malerarbeiten in Schulen an Privatunternehmer wird auf sich berufen gelassen. Zur Wiederherstellung der Gebäude der 27., 40. und 41. Volksschule zu Schulzwecken, Einrichtung elektrischer Beleuchtung in den Unterrichtsräumen, nebst Zubehör der 27. Volksschule, werden 646 000 M. als Berechnungsgeld aus Anleihe bewilligt.

Der Verbesserung der Schulanlage in der 13. Volksschule und Einstellung der Kosten hierfür mit 7400 M. in das Konto Schulgemeinde wird zugestimmt.

Auch der Überlassung eines zum Einbau einer Wohnung bestimmten Raumes und von drei weiteren Räumen im ehemaligen Gemeindeamt L. Möckel an die 39. Volksschule wird zugestimmt. Eine Rückübertragung des Rates über Angelegenheiten der Schulhausmeister wurde beigetreten.

Sieben Millionen für Hochwasseregulierung werden ohne Debatte genehmigt. Man hofft, 2,7 Millionen aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu erhalten.

Eine Million 985 000 M. werden für die Krankenhäuser St. Jakob und St. Georg nachbewilligt.

360 000 M. für Erhöhung der Bezüge der im Ruhestand lebenden Beamten und Angestellten und deren Hinterlebende werden als Berechnungsgeld genehmigt.

Geschäftsstelle Städtischer Wohnungsbau. Kennnis genommen wird von der Erklärung einer Geschäftsstelle Städtischer Wohnungsbau, der Zuständigkeit dieser Geschäftsstelle, der Finanzierung der Geschäftsstelle, und einer Übersicht über die dem Wohnungsförderamt insgesamt zur Verfügung stehenden Betriebsmittel.

Aum Schlus wird der Erhöhung der Gebühren des Vieh- und Schlachthofes gegen die Stimme der Stadt. Schumann zugestimmt. Frau Schumann erklärt, das Fleisch würde dadurch pro Pfund um 2 Pf. teurer werden und die Fleischer würden die Gelenkmänner benutzen, die Preise aufs neue zu steigern, so daß die minderbemittelte Bevölkerung immer weniger imstande sei, Fleisch zu kaufen.

Stadtkinder aus Land.

Im vergangenen Jahre sind auf Kosten der Stadt 2021 Kinder aus Land geschickt worden, darunter 274 Kinder ins Ausland, auf eine Zeit bis zu drei Monaten. Außerdem sind noch 1079 Kinder vom Verein für Ferientölonien und 1029 Kinder von ähnlichen Vereinigungen ausgesandt worden. Insgesamt haben also im vergangenen Jahre 5029 Leipziger Kinder die Wohlfahrt eines Landaufenthalts auf Kosten der Stadt und der genannten Vereinigungen geniessen können. Die Stadt hat für diese Zwecke rund 403 000 M. ausgegeben.

Auch im laufenden Wirtschaftsjahr 1921/22 sollen auf Kosten der Stadt wieder Kinder aus Land geschickt werden. Die Kosten werden aber in diesem Jahre viel höher sein als im vergangenen Jahre. Interessant ist, daß der Rat in einer Vorlage an die Stadtverordneten als Grund für die höheren Kosten mit angeben muss, daß wichtige in Betracht kommende Nahrungsmittel bisher unter Zwangswirtschaft standen und daher billiger waren, als sie jetzt im freien Handel zu beschaffen sind. Endlich aber wird es nach den gemachten Erfahrungen notwendig, die Kinder, soweit irgend möglich, nicht nur vier Wochen, sondern sechs Wochen auszusenden, denn erst bei dieser Erholungsdauer machen sich die günstigen Wirkungen voll demerkbar".

Als Stützen, in denen in diesem Jahre die Kinder untergebracht werden, kommen in der Hauptstadt Wiel auf Alten, Ostseebad Wilkis in Mecklenburg, die Landesanstalt Untergörlitz und das Heim der Dörfelantenfasse, Raumhof, in Frage. Der Verpflegung wird mit Rücksicht u. s. w. in Wiel auf 12.50 Mark, in Mühl auf 14 M., in Untergörlitz auf 10.50 M. und in Raumhof auf 9 M. täglich berechnet. Der Rat will versuchen, die Eltern der Kinder mit höheren Beiträgen zu den Kosten heranzuladen. Der Elternbeitrag hat im vergangenen Jahre 1.50 M. täglich betragen, während in Chemnitz nach den Angaben des Rates 5 M. erhoben wurden. Dresden will in diesem Jahre 4 M. erheben, der Rat von Leipzig rechnet mit einem ähnlichen Betrage. Für die Kinder der höheren Schulen sollen unter Umständen die Kosten in vollerem Umfang erhoben werden. Nach dieser Berechnung glaubt der Rat einen Zuschuß von 740 000 M. aufzuwenden zu müssen. Die Anregung des Verbandes christlicher Elternvereine, auch die schulenklassene Jugend mit aus Land zu schicken, will der Rat in diesem Jahre nicht verwirklichen, weil die Schwierigkeiten in dieser Beziehung zu groß sind. — Am Mittwoch haben die Stadtverordneten der Ratsvorlage zugestimmt.

Die weltliche Schule.

Dem Reichsrat liegt der Entwurf eines Gesetzes vor, das den Absatz 2 des Artikels 146 der Reichsverfassung zur Ausführung bringen soll. Der Absatz bestimmt, daß innerhalb der Gemeinden auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekennnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten sind, soweit ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille des Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.

Der Entwurf sieht vier Schularten vor: 1. Die Bekennnisschule, in der der gesamte Unterricht beeinflußt wird von dem Bekennniss zu dem Dogma der evangelisch-lutherischen, der katholischen oder einer sonstigen Kirche. 2. Die sogenannte Gemeinschaftsschule, die man wohl richtiger Simultanenschule nennen würde, da in ihr Schüler aller Bekennnisse unterrichtet werden können, die nur getrennten Religionsunterricht erhalten sollen. Doch sollen hier die Staaten das Recht haben, den Religionsunterricht nur auf einen Bekennniss zu befrachten; die Schule muß aber dann den anderen Bekennnissen Räume für den Religionsunterricht zur Verfügung stellen. 3. Die weltliche Schule, die keinerlei Religionsunterricht erzielt, aber ebenfalls Räume zur Verfügung zu stellen hat für die Schüler, die nach dem Willen ihrer Eltern neben dem weltlichen Unterricht der Schule noch privaten Religionsunterricht genommen sollen. 4. Die Missionsschule, die ebenso

wie die Bekennnisschulen ihre Pforten nur Schülern und Lehrern öffnen werden, die sich zu dem dogmatischen Bekennniss resp. der betreffenden Weltanschauung bekennen.

Da haben wir denn nun als Folge der Pfuscherie, die sich Verfassung des Deutschen Reiches nennt, glücklich eine Trennung der "allgemeinen" Volksschule in vier Teile. Ein Geschenk, das das neue Reich der Charakterlosigkeit der Weltanschauungen verdankt, die durch ihr Komplizen mit dem Zentrum es fertig gebracht haben, die Hoffnung auf die einheitliche Gestaltung des nationalen Bildungswesens gründlich zu zerstören.

Keine Frage, daß für Sozialisten nur die weltliche Schule in Betracht kommen kann, die durch die Arbeitsschulmethode den Willen zur Gemeinschaft, die Ideen der Solidarität weckt und fördert soll, nicht aber eine der drei andern Schularten, die jede in irgend einer Form dogmatisch gebunden sind und keinen Endes zuvor oder ungewollt wieder die Auflösung der allgemeinen Volksschule in Standes- und Klassenschulen bringt.

Die bevorstehende Elternratswahl muss schon in diesem Jahre ein machtvolleres Bekennnis der Leipziger Elternschaft zur weltlichen Schule bringen, die allein imstande ist, die Resultate der vorausgesetzlosen Wissenschaft zu vermitteln. Wer die Schule von der Abhängigkeit von der Kirche befreien will, wähle am 21. April die Kandidaten der USP.

Elternversammlungen. 19. Volksschule. Freitag, den 15. April, 1/2 Uhr, im Schulsaal: 1. Schulbericht, 2. Jahresbericht des Elternrats, 3. Vorbereitung der Elternratswahl. 20. Volksschule. Freitag, den 15. April, 1/2 Uhr abends, in der Mädchenturnhalle: Tagessordnung: 1. Bericht des Elternrats, 2. Vorbereitung zur Elternratswahl. 21. Volksschule in Südtirol. Freitag, 15. April, 1/2 Uhr abends, in der Aula: Vortrag: häusliche Erziehung, Schule und Elternrat. Sitzungnahme zur Wahl.

Haushaltarkarte nicht vergessen! Bei allen Kartenangelegenheiten, also auch beim Abholen von Reisebrotmarken, muß der Kartensteller die Haushaltarkarte vorgelegt werden. Wer sich unnötige Wege ersparen will, vergesse deshalb nicht, bei jedem Gang nach der Kartenstelle die Haushaltarkarte mitzunehmen.

Die Einheitstage in England. Nach einer von Berlin an die Leipziger Handelskammer gelangten Nachricht sind deutsche bis 15. Mai in England eingehende Waren abgefertzt, wenn mindestens zwanzig Prozent des Kaufpreises vor dem 8. März bezahlt und das Eigentumorecht vor diesem Tag auf einen Nichtdeutschen übergegangen ist.

Orts- und Fernverkehr. Von der Oberpostdirektion wird uns geschrieben: Ungeachtet der wiederholten Veröffentlichungen über den Geltungsbereich des Ortsverkehrs von Groß-Leipzig nach dem Gesetz über Postgebühren vom 22. März 1921 gehen bei den nicht zum Ortsbereich von Leipzig gehörigen Postorten Böhlitz-Ehrenberg, Großschocher-Windorf, Leutzsch, Markkleeberg, Döhlitz-Hänichen, Paunsdorf, Thella und Wahns immer noch zahlreiche nach dem Ortsbereich freigemachte Sendungen ein, die den Empfängern nur gegen Zahlung der Ergänzungsfreigebühr ausgehändigt werden können. Es wird daher erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Sendungen aus Leipzig nach diesen Orten und umgekehrt den Gebührenfällen des Fernverkehrs unterliegen.

Ein neuer Versuch zur Herbeilösung der Einheits-Stenographie. Das Reichsamt des Innern hat, wie man uns mitteilt, die Stenographischen Gemeinschaften aufgefordert, zum 9. April Vertreter nach Berlin zu entsenden, um nochmals den Versuch einer Vereinheitlichung der Stenographischen Systeme zu machen. Bekanntlich sind seit 1908 Bestrebungen im Gange, die verschiedenen Systeme durch ein einheitliches System zu erlösen.

Zum Kapitel Meisteigerungen. Der Hausbesitzer A. Roth, Lindenau, Rosenmüllerstraße 2, laufte sein Grundstück vor zwei Jahren für 45 000 M. Die Friedensmiete für eine der Wohnungen betrug 380 M. Sie war damals die teuerste Wohnung im Hause. Bei Übernahme des Hauses wurden für sie 380 M. bezahlt. Bis Januar dieses Jahres ist die Miete bis auf 400 M. auf Grund der Schätzungen von Sachverständigen der Baupolizei gesteigert worden. Die letzte Steigerung sollte erst am 1. April dieses Jahres erfolgt werden. Aber der Hausbesitzer fordert jetzt eine Miete in Höhe von 700 M. für die Wohnung, die vor dem Krieg 380 M. gekostet hat, und zwar schon vom 1. Juli ab. Also eine Steigerung von 120 Prozent.

Der Herr Hofrat und die Deutschnationale Volkspartei. Zu der Notiz in Nummer 84 unseres Blattes schickt uns nicht etwa Herr Hofrat Paul Küsten, sondern ein gewisser Bröckel eine sogenannte Berichtigung, die folgenden Wortlaut hat:

"Es ist nicht richtig, daß Herr Hofrat Paul Küsten unter 'lärrender Zustimmung' der Versammlung aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen worden ist. Ein Ausschluß des Herrn Küsten war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil dieser nicht mehr als Mitglieder der Partei angehört."

Es wird hier nicht bestritten, daß die Versammlung sich mit dem Herrn Hofrat beschäftigt hat. Sie konnte ihn nur nicht ausschließen, weil er schon vorher aus der Partei ausgetreten war.

Grundstückverkauf in Leipzig. Im Monat März wurden in Leipzig 97 Verläufe von bebauten Grundstücken (Kaufsumme 16 321 867.70 M.) und 14 Verläufe von unbebauten Grundstücken (Kaufsumme 949 001.55 M.) vorgenommen.

Der Eisenbahn-Breitbarts gibt im Circus Busch am Freitag seinen Ehren-Abschlußabend.

Allgemeines Arbeitersbildungsinstitut. Zur Erstaufführung des dreiläufigen Dramas "Die Leute auf Dangaard" von Martin Andersen Nexö am Sonntag, dem 17. April, im Schauspielhaus, vorzeitig 1/21 Uhr, wurde dem Allgemeinen Arbeitersbildungsinstitut ein Teil Karten zur Verfügung gestellt, die zum Preis von 5 M. Einzelplatz, 10 M. Doppelplatz in der Geschäftsstelle Braustraße 17 zu haben sind.

Feuer auf der Schaumesse. Am Mittwochmittag brannte auf der Schaumesse das Dach einer Pfannkuchenbäckerei. Die Brandursache war Ölheißeleitung eines Ofenrohrs. Die alarmierte Feuerwehr befreite den Brand bald, so daß die Hauptwoche nicht einzugreifen brauchte. Ferner rückte die Hauptwache nach Modau, Oelsnerstraße, zu einem

Gest gest wahrnehmlich, daß die sozialistische Koalition einer solchen zwischen Rechtssozialisten, Demokraten und Volksparteien Platz machen wird. Wie wir die Dinge beurteilen, läßt sie Hoffnung kaum Erfüllung finden, denn es wird auch der rechtssozialistischen Arbeitern alle Tage offensichtlich, daß der Feind der Arbeiterklasse die kapitalistische Gesellschaft ist, die nur erfolgreich bekämpft werden kann, wenn die Arbeiterschaft zusammenhält und jede Macht position zu ihrem Vorteil ausnutzt. Die sächsische sozialistische Regierung durch eine verbürgerliche abwählen, dazu fehlt jede sachliche Begründung, wie ja auch der Rücktritt Dr. Harnisch nur aus persönlichen Gründen erfolgt ist.

Der aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretene Minister Schwarz veröffentlicht in der Chemnitzer Volksstimme einen Artikel: Zeit und Streitfragen. Er kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, daß nicht der geringste sachliche Grund vorhanden ist, die sozialistische Regierung aufzulösen zu lassen. Dann schreibt er:

"Wir wollen uns doch kein E für ein U vormachen! In der Praxis bedeutet doch die Frage einer anders zusammengesetzten Regierung nichts weiter als ein Hinauswerfen des USV. mit dem Ziel, eine Koalition mit den Demokraten und der Volkspartei herbeizuführen. Wenn unsre Partei Selbstmord begehen will, dann soll sie diesen Schritt tun! Was vielleicht im Novembervorigen Jahres hätte notwendig werden können, und zwar möglicherweise infolge des Verhaltens der USV., ist heute einfach nicht mehr diskutierbar. Sollte tatsächlich die jetzige Regierung unüberwindbare Schwierigkeiten bekommen, dann muß die Neuwahl des Landtags vorgenommen werden."

Dann stellt Schwarz fest, daß die sozialistische Regierung bisher gearbeitet habe ohne Rücksicht auf das Geschick der Kommunisten und daß dies ganz gut ginge. Er meint:

"Koalitionspolitik ist immer Kompromisspolitik. Gehen zwei sozialistische Parteien zusammen, dann sollten eigentlich bei einigermaßen gutem Willen gerade in der Zeit der Reibungsflächen auf ein Minimum beschränkt bleiben. Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien geht aber ein wesentlich anderes Bild; im Parlamente sieht es sich ganz angenehm an, wenn schiedlich-friedlich Politik gemacht wird, nur vergessen viele, daß oftmals recht lange innerhalb der Regierung gehandelt werden muß, um eine Einigung der Parteien herbeizuführen."

Damit wird die Haltung der USV. gegen eine Koalition mit den Bürgerlichen glänzend gerechtfertigt. Es wird ganz von dem Verhalten der rechtssozialistischen Partei abhängen, ob der Wunsch des Ministers Schwarz Erfüllung finden kann, den er in folgende Worte kleidet:

"Wie die Dinge in Sachsen liegen, ist normalerweise immer mit einer Mehrheit der sozialistischen Parteien im Landtag zu rechnen. Wenn auch momentan eine unheilsvolle Zerschaffenhheit unter der Arbeiterschaft herrscht, so ist doch lange nicht gesagt, daß dauernd so bleiben wird. Im Gegenteil! Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist die Kluft zwischen SPD. und USV. bei weitem nicht mehr so groß wie früher. Unsre Aufgabe muß es sein, die Kluft vollauf zu überbrücken. Dann brauchen wir uns in Zukunft nicht mehr über Verbreiterung der Regierungsbasisform zu unterhalten. Guter Wille nach Selbstverständlichkeit auf beiden Seiten gezeigt werden! Nur gebe ich mich nicht der Hoffnung hin, daß schon in wenigen Wochen ein Verbrüderungssatz gefeiert werden könnte. Eino erachte ich allerdings für möglich: Die kommenden Landtagswahlen in Sachsen müssen von der SPD. und USV. im Felde des Burgfriedens geführt werden. Listeverbindung ist vorbedingung. Wenn wir in diesem Sinne schon jetzt in eine Art Wahlvorbereitung eintreten, dann wird auch die jetzt durch stehende Kräfte vielfach kriegsgeleitete Arbeiterschaft wieder volles Vertrauen zum Sozialismus zurückgewinnen."

Und wir stimmen vollkommen mit Schwarz überein, daß die sächsische Regierung in der heutigen Zusammensetzung auf das kräftigste unterstützt werden muß. Den Zeitpunkt einer eventuellen Landtagsneuwahl müssen wir bestimmen und nicht die Regierung!

zu hohen Unabhängigkeit aus Arbeiterschaft zu beschränken. Die wenige Beweiskraft das Gericht davon zu überzeugen, daß er „Herausgeber“ sei und darum der Landwirtschaft gleichgestellt werden müsse. Der als Sachverständiger sich schriftlich äußerte Göttinger Mohrdorf äußerte zugunsten des Klamantanten des Gesetzes nur soviel, als es die Interessen der Unternehmer vertrat; den einschränkenden Nachschlag verschwieg er. Deßhalb legte das Gericht dem Gutachten keine Bedeutung bei. Der Einspruch wurde zurückgewiesen, weil dem neuen Geist der Gesetzgebung Rechnung getragen werden müsse. Die Berufung wurde in Aussicht gestellt.

Die sächsische Regierung gegen Lockerung oder Aushebung der Milchwirtschaftsabstimmung.

Aus der Nachrichtenstelle geht uns folgende Mitteilung des Wirtschaftsministeriums zu: Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister, die am Montag, dem 18. April, in Bremen stattfindet, wird sich mit der Frage einer Umstellung der Milchwirtschaft beschäftigen. Von der Reichsregierung ist die Einführung von sogenannten Milchlieferungsverträgen zur Erwägung gestellt worden; es ist aber zweifelhaft, ob dieses Vorhaben zur Durchführung gelangt. Jede Umstellung des bestehenden Systems würde zugleich seine Lockerung bedeuten; die Frage der vollen Lufsaab der Agrarwirtschaft würde dadurch in unmittelbarer Nähe auftreten. Die sächsische Regierung muß sich im Interesse der Bevölkerung jedem Gedanken einer Aushebung oder auch nur Lockerung der Wirtschaftsabstimmung für Milch und Milcherzeugnisse mit aller Entschiedenheit widersetzen. Maßgebend für diesen Standpunkt ist nicht etwa die Verförderung mit Butter, sondern die der Kranken, Kinder, werdenden und stillenden Mütter mit Milch. Bei freier Wirtschaft richten sich die Milchmärkte nach den Buttermärkten. Solange infolge der gegebenen Salutoverhältnisse eine Einfuhr von Butter zu niedrigeren Preisen in erheblichem Umfang unmöglich ist, würde deshalb die Freigabe der Milch und Milcherzeugnisse eine weitere Versteuerung zur Folge haben. Dem aber glaubt die sächsische Regierung, insbesondere mit Rücksicht auf Kreise wie die der Erwerbslosen, der Kleinrentner usw. keinesfalls das Wort reden zu können.

Das Dresdenner Sondergericht,

gegen dessen Einschätzung sich die sächsische Regierung vergeblich gewandt hat, trat am Mittwoch zum erstenmal zusammen. Fünf Personen, die kommunistische Flügelmänner mit der Auflösung zum Sturz der Verfassung und der Regierung verbreitet hatten wurden zu je fünf bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Meerane. Die Kaufmannsgerichtswahl zog folgendes Ergebnis: Es sind auf Liste 1 (DGB.) 110, auf Liste 2 (Zentralverband der Angestellten) 160 und auf Liste 3 (Gewerkschaftsbund der Angestellten) 47 Stimmen entfallen. So aussichtsreich werden Liste 1 und 2 je zwei Beisitzer und je einen Erstakmann stellen, während Liste 3 ausscheiden dürfte.

Überwältigt. Die leichte Gemeinderatssitzung nahm u. a. das Ortsrecht über die kommunale Beerdigung an. Das Ortsrecht bestimmt, daß alle Leichen in der Leichenhalle untergebracht werden. Alle zur Beerdigung nötigen Arbeiten veranlaßt ein eigenes dazu errichtetes Beerdigungsamt. Die Kosten werden vollständig von der Gemeinde getragen. Die Beerdigung erfolgt nach bestimmten Grundsätzen. Die Kosten werden erstattet, wenn der Betreffende bis zu seinem Tode mindestens ein Jahr im Ort gewohnt hat, bei Fortzug auch bis zu einem Jahr nach dem Fortzug. Die Kosten für das nenjante Beisetzungswesen sollen durch eine Sondersteuer aufgebracht werden.

Nelkenbrand. Dieser Tagie stieß ein von zwei Herren besetztes Motorrad mit einem Gesicht zusammen. Der Herr, der den hinteren Sitz des Motorrades eingenommen hatte, wurde dadurch vom Rad geschleudert und schwer verletzt. Ein hinzugezogener Arzt stellte einen Schädelbruch fest. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Gerichtstaat.

Vandgericht.

Versche in den Achtstundentag

u. fülligen verfügen die Gärtnereiunternehmen. Der Handelspartner Mr. in Göhren hatte wegen Übertreibung der Befreiungen über den Achtstundentag einen Strafbescheid über 150 Mk erhalten, gegen den er Einspruch erhoben hatte, der am 2. April vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Der Vorsthende suchte den Unternehmer vergebens zur Zurücknahme seines Einspruchs zu bewegen. Er machte gestand, daß er bei der Eigart seines Betriebes, der sehr von Sonne, Luft und Witterung abhängig sei, nicht als Handelsgärtner angesehen und deshalb nicht der Gewerbeordnung unterstellt werden könne, sondern sein Betrieb stellt sich als ein landwirtschaftlicher dar, dem deshalb auch alle Rechte über Verschiebung der Arbeitszeit und Überstunden zugesprochen müssten. Der Richter entschied mit großer Rücksicht auf

Chemnicher Volksstimme bliebe damit ihrer Vergangenheit treu. Sie hat auch bisher, trotz aller manhaften Worte, die sie gegen die Verbürgungsabsichten des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und seiner Trabanten im Lande fand, leichten Endes alle Taten von dieser Seite gutgeheissen und vertreten. Wir lange sich das die rechtssozialistischen Arbeiter gefallen lassen werden, steht auf einem anderen Blatt. Bestimkte Vorgänge deuten darauf hin, daß deren Geduld bald zu Ende geht. Das Beispiel von Plauen, wo die rechtssozialistischen Textilarbeiter es ablehnen, den Abg. Wirth anzuhören, nachdem er gehofft hat, die Amnestieverträge im sächsischen Landtag zu Fall zu bringen, dürfte bald kein vereinzelter Vorgang mehr bleiben. Und wenn es den Rechtstrengern bei den Wehrheitslern etwa gelingen sollte, woran wir allerdings einstweilen sehr stark zweifeln, die sozialistische Regierung in Sachsen ohne sachliche Gründe, lediglich der Liebe zur Volkspartei willen, zu sprengen, dann werden auch die rechtssozialistischen Arbeiter einschne, wie schlecht sie von solchen Führern beraten sind und sie werden die nötigen Konsequenzen ziehen.

Eine Reihe von Diebstählen, bei denen sie es vor allem auf Schreibmaschinen abgelenkt hatten, führten im Januar d. J. der Pader Günkel, der former Hartels, der Eisenbahn Schramm und der Maschinenarbeiter Hessel, sämtlich aus Leipzig, aus.

Günkel stahl Anfang Januar mit einem Unbekannten aus den Büroräumen des Patriotenbundes eine Schreibmaschine im Wert von 3000 Mk., später stahlen sie zusammen bei einem Händler Lebensmittel im Wert von 600 Mk., aus einem Kontor einen Geldbetrag von 472 Mk. und nochmals beim Patriotenbund eine Schreibmaschine für 4000 Mk. In der Nacht zum 22. Januar gelang es ihnen, bei einer Firma in Eiermanns Garten gleich fünf Schreibmaschinen im Wert von 10000 Mk. zu erbeuten. Günkel, der vielsach vorbestraft war, wurde mit 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust bestraft, Hartels erholt 2 Jahre 8 Monate Gefängnis und dreijährigen Ehrenrechtsverlust, Hessel 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und ebenfalls dreijährigen Ehrenrechtsverlust, während Schramm, der vor kurzem erst 18 Jahre alt wurde, mit einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust bestraft wurde.

Schössengericht.

Possiedekahl. Der 43jährige Possiedekahl, der am 2. Dezember 1920 beim Paketausführen ein Paket ohne Beschriftung aus einem andern Bezirk mit erhalten. Statt es sofort zurückzugeben, behielt er es und schloß es in den Beutel für Wertpapiere in seinem Wagen ein. Am Abend ging er wieder zur Post, stieg in den Wagen, entfernte die Adresse vom Paket und stahl es, um den darin befindlichen Kleidungsstoff an sich zu nehmen. Dabei wurde er aber von zwei Kollegen überwacht und nun vom Schössengericht wegen Unterhöhung im Anteile zu der Rindfleischstrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Was von manchem Juristen zulammengeredet wird, wenn er sachlich nichts mehr zu sagen weiß, beweist die Rede des Verteidigers. Er sagte: Bedenken Sie ferner, daß er 21 Jahre im Postdienst tätig war, ohne sich etwas zuschulden kommen zu lassen, bis unter dem Eindruck des 8. November ein Geist über ihn gekommen ist, für den er nicht voll verantwortlich zu machen ist! "Ins scheint, daß der Herr Verteidiger für diese Ausschlägen auch nicht voll verantwortlich zu machen ist, weil über ihm immer noch der Geist vom 4. August schwelt.

Reichsgericht.

Ein wegelausener Reichswehrmann als englischer Spion. Der 2. Strafesatzen des Reichsgerichts verurteilte den am 31. Oktober 1898 in Hag bei Köln geborenen Heizer Karl Ehlgren wegen versuchten Vertrags militärischer Geheimnisse unter Anwendung von sechs Monaten der erlittenen Untersuchungshaft zu einem Jahr Gefängnis. Er war angeklagt, in den letzten Monaten des Jahres 1919 der englischen Besatzungsbehörde Nachrichten über die Standorte und Truppenzahl der Reichswehr im unbefestigten Gebiet gemacht zu haben. Er war kurze Zeit Reichswehrsoldat in der Marienheide gewesen, dann entlaufen und hatte sich unter den Schutz der englischen Besatzungsbehörde gestellt. Es war bekannt geworden, daß er mit einem englischen General im Auto nach Köln gefahren war, was auf seine besonders engen Beziehungen zur englischen Besatzung schließen ließ. Erwiesen wurde die waterlandseitliche Tätigkeit des Angeklagten dadurch, daß man auf einem Platz in Köln einen Briefumschlag fand, in dem sich eine von dem Angeklagten gemachte Ausstellung von Mitteilungen der erwähnten Art und ein englisches Schriftstück befanden, das befugte, daß diese Mitteilungen freiwillig gemacht werden und weiter geleistet werden sollten.

Briefkassen der Redaktion.

R. 24. Ja, wenn Sie dazu in der Lage sind.
R. B. 6. 1. Sie haben für die gezeichnete Summe eine Wehrung macht Ihnen nur Kosten. 2. M. Parteikasse.
R. K. Liebertwolffswig. 1. Die Auseinandersetzung ist noch nicht erfolgt, da rechtliche Schwierigkeiten bestehen. 2. Wenden Sie sich wegen Mietung und Pachtung von Räumen an das Gemeinschaftsministerium. — 2 M. Parteikasse.

Kurt 24. 1. Es kommt darauf an, in welcher Zeit der Gegenstand achtet worden ist, da die Geldstrafe auch berücksichtigt werden muß. 2. Er kann einen Prozeß anstrengen.

Alte Abonnent R. 1. Maßgebend sind vor allem die Verhandlungen, die im Vertrag festgelegt werden und die zunächst den neuen Wirt maßgebend sind. Wenn solche Verträge nicht in Vertrag enthalten sind, können sie nicht sofort einzeln erlassen werden. Nur vertraglich nichts festgelegt, so bleibt es bei den alten Gesetzen, die erst nach einer bestimmten Kündigung geändert werden können. — 1 M. Parteikasse.

E. R. Großschober. Feuerbestattungskasse der proletarischen Friedender — Leipzig-Sellerhausen, Edelsteinkirche 28, I. — 2 M. Parteikasse.

B. R. 17. 1. Nein, weil Sie Anspruch auf gute Bilder haben. 2. Nein!

Eine Konferenz der Rechtssozialisten Sachsen's

an der die Bezirksvorstände, der Fraktionsvorstand der Landtagsabgeordneten und Vertreter der Redaktionen teilnahmen fand am 11. April in Dresden statt. Über den Verlauf wird nur mitgeteilt, daß nach leidenschaftlicher Diskussion folgende Resolution im ersten Teil einstimmig, im zweiten Teil bei einer Stimmenthaltung, angenommen wurde: Die Konferenz der Bezirksvorstände und des Fraktionsvorstandes der sozialdemokratischen Partei bestätigte die Beschlüsse des Landesarbeitsausschusses, wonach bei einer Regierungsumbildung sofort eine außerordentliche Landesversammlung einzuberufen ist, falls eine Niederlage der gegenwärtigen Koalition in Frage kommen sollte. 2. Die Konferenz erwartet von den Parteizeitungen, daß sämtliche Parteistreitigkeiten objektivier Weise, ohne persönliche Spitze besprochen werden. — Im übrigen nimmt die Landesleitung von der Erklärung der Redaktion der Chemnitzer Volksstimme Kenntnis, daß in Zukunft Polemiken in derselben in sachlicher Form zum Ausdruck gebracht werden sollen.

Diese Beschlüsse deuten darauf hin, daß der mutige Kämpfer der Chemnitzer Volksstimme gegen die Stimmabstimmabstimmung gewisser sozialdemokratischer Führer, wie so oft, im Sande verlaufen wird. Es scheint, daß die Proteste dieses Blattes gegen die Sondergerichte nur Theoriekanner waren, dann bestimmt die un-

Amtliche Bekanntmachungen.

1000 Mark Belohnung!

Gestohlen wurden am 11. d. Ms. vormittags zwischen 8 und 12 Uhr, aus einer Wohnung in der Schulstraße:

2100 Mark in Tausendmarksscheinen, 1500 Mark in 50- u. 100-Marksscheinen, 2 deutscher-Österreichische 1000 Kronennoten, 1 goldene Herren-Nemontoir-Uhr mit Sprungadefel (Glasbührt-Babelsberg, Simeon-Lange & Söhne, Nr. 68088), 1 goldene 550 gestemp. Panzerkette mit Bleifüll in goldener Schleife als Anhänger, 1 goldene Schlüsselanhänger mit einem 10% farrt. in Platin gefärbten Brillanten, sowie 1 goldener Herrentring

mit einem 1½ farrt. in Gold gefärbten Brillanten.

Auf Wiederherstellung der gestohlenen Gegenstände hat der Gestohlene eine Belohnung von 1000 Mark ausgeschetzt, deren Verteilung dem Polizeiamt unter Auschluss des Rechtsweges vorbehalten bleibt.

Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Krim. Abteilung zu Nr. R. XIV 1150/21.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

1000 Mark Belohnung!

Gestohlen wurde seit etwa Dezember 1920 aus einer Fabrik in Böhlitz-Ehrenberg

97 Meter graubrauner Regenmantelstoff, Gummiwalzenlage. Diagonalgewebe, 155 cm breit, im Werte von 18000 Mk.

Für Ermittlung der Täter ist obige Belohnung ausgezahlt, während für Wiedererlangung des ge-

stohlenen Stoffes eine entsprechende Erhöhung der Belohnung eintritt.

Sollten mehrere Personen Anspruch auf die Belohnung haben, so behält sich die betroffene Firma deren Verteilung unter Ausschluss des Rechtsweges vor.

Sachdienliche Mitteilungen erbittet umgehend die Sächs. Landeskriminalpolizei Böhlitz-Ehrenberg, Bism. Coder die Ortspolizei in Böhlitz-Ehrenberg.

Sächsische Landeskriminalpolizei, Brücke Leipzig.

Außerdem am 9. April 1921 bekanntgemachten Bäckereien wird die Herstellung und Abgabe von Weißbrot und Zwieback für Kleinkinder und Kranke noch folgenden Bäckereien übertragen:

Untere Stadt: Kramer, Gustav, Weststraße 28

Pieck, Hedwig, Rankstraße Steinweg 9.

Osten: Beder, Otto, Stötteritz, Pavermühlstraße 22

Schlemmer, Herm., Reudnitz, Kohlgartenstr. 36

Pienelt, Franz, Reudnitz, Oststraße 73

Kremer, Heinr., Anger-Crottendorf, Rosbachstr. 5

Süden: Springer, Ernst, Hohe Straße 12.

Westen: Triebke, Otto, Lindenau, Kranachstraße 17.

Norden: Bießer, Walter, Mödern, Steinmetzstraße 4

Richter, Wilh., Mödern, Kirschbergstraße 68

Salomon, Max, Gutthilf, Kunstdrahtstraße 6

Winkler, Paul, Gohlis, Gravelotestraße 12b.

Ernährungsamt Leipzig, am 18. April 1921.

In 14 Tagen wurde ich von einem 3jährigen chronischen Hautausschlag befreit.

Hautausschlag:

Einer aus Buenos Aires.

Aus dem Jüdischen des Schalem-Alschheim von A. Suhl.
Aus „Auszzeichnungen eines Geschäftstreitenden“.

Nachdruck verboten.

(Schluß).

Bei den Worten macht mein Mann eine Handbewegung, wie einer, der die Täufende nur so zum Fenster hinauswirft. Dabei blitzen der Brillant am Finger auf, und der Mann aus Buenos Aires, der so mit den Täufenden um sich wirkt, macht eine kleine Pause, schaut mich an, wie mit die Täufende schwungsvoll gemacht haben, und führt fort:

Und wenn man mal mehr geben muß, ja, meinen Sie, da hilft ein Strauß? In der Beziehung sind wir nun schon wirklich glaubwürdig. Ich meine, eben wir, alle drei Kompagnons. Wieviel Täufend wir auch nicht auf Konto Postall ausweisen wollten, es wird auf Zutraun hin geglaubt. Alle Spesen werden bei uns auf gut Glauben geführt. Wir trauen einander aufs Wort. Keiner wird vom andern hören Sie, auch nur soviel verhehlen... Und bitte sehr. Mögs einer mal problematisch, doch was zu verhehlen — dem wids bös auslaufen... Wir kennen einander, hören Sie, gut, und wie wissen den Ort und kennen uns aus in der ganzen Welt, wie in unserer Weltensche. Jeder von uns hat seine Agenten und Spione... Was sonst, meinen Sie? Geschäft, das auf gut Glauben geführt wird, kann nicht anders gehen... Finden Sie nicht, es war mehr als Zeit, daß wir da auf der Station schnell mal hinunterspringen und den Hals rasch durchschwanken?

So macht mein Mann zu mir und nimmt mich unter den Arm und schaut mir in die Augen.

Selbstverständlich habe ich nichts dagegen, und wir springen schnell auf die Station 'unter und schwanken rasch den Hals durch. Eine nach der anderen knallen die Limonadenflaschen. Und mein Freund trinkt mit solchem Appetit, daß man ihn darum beneiden möchte. Mir aber bohrt die ganze Zeit ein Gedanke im Kopf: Mit was für einer Sorte von Artikel handelt er wohl, der Mann aus Buenos Aires da? Warum schmeißt er so mit den Täufenden um sich? Und wieso hat er da die Polizei der ganzen Welt in der Tasche? Und wozu brauchen sie Agenten und Spione? Handelt er nicht mit Schnürgewässern?... Mit falschen Brillanten?... Mit Diebesgut?... Oder er ist sonst ein Prähls, ein Ausschneider, ein Großvater? Von jener seinen Sorte, denen alles unter der Sonne seltsam ungeschlacht in die Länge und die Breite wählt... Wenn bei uns Geschäftstreitenden so ein Zauberkünstler auftaucht, da haben wir für ihn einen besonderen Namen: „ein Engrosist“. Das heißt ein Mensch, bei dem alles engros ist... Wie stehen wieder jeder 'ne Zigarette an, nehmen unter Plätze ein, und der Mann aus Buenos Aires markiert weiter:

Wo sind wir also wohl stehen geblieben? Bei meinen Kompagnons. Das heißt: bei meinen jungen Kompagnons. Früher waren sie meine Prinzipale, und ich war wie ich Ihnen schon gesagt habe, junger Mann bei Ihnen. Ich müßte lügen, wenn ich sagen wollte, daß sie mir schlechte Prinzipale waren. Wie könnten sie auch schlecht gegen mich sein, wenn ich Ihnen treu war, wie ein Hund? Ihr Tent war mir, hören Sie, so treuer, wie mein eigener. Und Feinde habe ich mit ihrerwegen gemacht, blutige Feinde! Es gab Zeiten — Sie mögen es glauben oder nicht — wo man mich vergiftet wollte, weil ich Ihnen so ergeben war. Wirklich einsch vergiftet. Ich darf es füglich sagen, hören Sie, daß ich Ihnen treu gedient habe, wie man es gar nicht treuer kann. Alles dargestellt, ich habe mich selbst auch nicht vergessen... Ein Mensch darf das niemals, sich selbst vergessen. Ein Mensch muß immer wissen, daß er nicht mehr ist, als ein Mensch. Heute lebt er und morgen?... ho-ho! Ewig beim andern sein, ist kein Plan. Was, bin ich ohne Hände, ohne Füße? oder ohne Junge? Und besonders, wenn ich wußte, daß ich ohne mich nicht auskommen könnte, einen Tag nicht einmal... sie können nicht und dürfen nicht... Weil es Geheimnisse gibt, hören Sie, Geheimnisse über Geheimnisse... wie das so zu sein pflegt in einem Geschäft... Da überlege ich mir es einmal, hören Sie, eines schönen Tages und gehe hinein zu meinen Prinzipalen und sage Ihnen von ungesähe: „Abjö, meine Herren!“ Da gußen Sie mich an: „Was heißt das, Abjö?“ „Abjö“, sage ich, das heißt: „Leben Sie wohl.“ Da sagten Sie: „Was ist denn los?“ Da sage ich: „Wie lange soll's gehen?“... Da werfen Sie sich einander Blide zu und fragen mich, wieviel Kapital ich besitze. Da sage ich zu Ihnen: „Wieviel ich auch nicht besitze, sage ich, es wird mir für die erste Zeit genug sein, sage ich, und sollte es etwa, sage ich, knapp sein, so ist Gott, sage ich, ein Vater und Buenos Aires eine Stadt“... Natürlich verstanden Sie mich. Warum sollten Sie mich auch nicht verstehen, war Ihnen wohl der Verstand davon gelogen? Und so also wurden wir von da an Kompagnons. Drei Kompagnons, drei Prinzipale mit gleichem Anteil. Bei uns gibt's das nicht — dem mehr, jenem weniger. Wie es Gott gibt... Zanken miteinander, das tun wir auch nicht. Wozu sollen wir uns zanken, wenn man Gottlob wirklich schön verdienen tut, und das Geschäft wählt... Die Welt wird größer, und die Ware wird immer teurer... Jeder von uns nimmt vom gemeinsamen Kapital, wieviel er für Spesen braucht. Wir sind alle großen Spesennacher. Bei mir selber, ohne Frau und Kinder, — Sie mögen es glauben oder nicht — geht dreimal soviel drauf, als bei einem andern mit: Weib und mit Kindern. Was ich das Jahr an Ausgaben allein für Wohltätigkeits habe, das würde sich ein anderer zu verdienen wünschen. Es gibt, hören Sie, keine Sache, die mich nicht Geld kostet. Ein Betrieb, ein Spital, eine Emigrantenstube, ein Konzert — Buenos Aires ist ja unberufen eine Stadt! Und wobei denn die andern Städte? Valentina — Sie mögen es glauben oder nicht — kostet mich auch schon Geld. Erst vor kurzem kriege ich einen Brief von einer Jeshimah in Jerusalem. Ein schöner Brief mit einem Davidswappen, mit einem Stempel und mit Unterschriften von Rabbinen. Der Brief ist direkt an mich gerichtet und mit einem schönen Titel: Dem hochverehrten Großen, Herrn Mordhal! Eh-eh-eh, denke ich mir, wenn Sie solche feine Leute sind und mich mit Namen nennen, darf man sich nicht lumpen lassen und muß Ihnen einen hundertter schicken... Das sind Ihnen also gelegentlich milde Gaben. Jetzt, wo bleibt da meine Geburtsstadt? Sochmalen? Sochmalen nimmt bei mir — Sie mögen es glauben oder nicht — jedes Jahr, da so einen hut voll Geld weg! Jedemal, jedesmal kommt was Neues von Sochmalen. Da ist dies passiert, und dort ist das passiert... Vom Pessach-Armenaeld rede ich schon gar nicht. Jeden Pessach einen hundert. Das ist schon „Gesch“... Da sah ich eben jetzt nach Sochmalen. Ich weiß es vorher, daß ich mit einer Ta-sender nicht davonkomme. Was sage ich: ein Tausender! Ich wollte, ich würde es mit zweien los. Sonst werden wohl alle drei dran glauben müssen. Eine Kleinigkeit! Ein Mensch ist solang nicht daheim gewesen: seit der Kindheit. Ha-ha! Sochmalen ist doch meine Heimat! Ich weiß es vorher, daß die ganze Stadt in Aufruhr sein wird. Die Leute werden zusammenlaufen. Ihr Jubel: Motel ist gekommen. Unser Motel von Buenos Aires! Ein Fest! Glauben Sie mir, man wartet dort schon auf mich wie auf den Messias. Kurchibar arme Leute! Von jeder Station lasse ich sie wissen, daß ich komme. Ich befreiere Ihnen jeder Tag: „Ich komme, Motel.“ Ich selber — Sie mögen es glauben oder nicht — wünschte auch schon bald in Sochmalen zu sein.

Einen Blick werfen auf Sochmalen, die Erde flüssig von Sochmalen, den Staub von Sochmalen... Was ist mir, hören Sie, Buenos Aires! was ist mir Neuport! was ist mir London! was ist mir Paris! Ha-ha! Sochmalen ist doch meine Heimat!

Man Mann wurde bei diesen Worten wie umgewehlt. Er bekam geradezu ein anderes Gesicht. Wie wenn es jünger geworden wäre. Jünger und schöner. Und die kleinen, aligen Augen leuchteten ganz anderes Feuer, neuen Glanz der Freude, des Stolzes, der Liebe. Wahnschäfer, ungelenkster Lieber... Schade nur, daß ich noch immer nicht recht weiß, womit er handelt... Er läßt mich aber nicht lange nachdenken und kommt weiter.

Sie denken, wog eigentlich fahre ich nach Sochmalen? Ein bisschen sehne ich mich wirklich nach der Stadt selbst, und ein bisschen nach den Gräbern. Ich habe doch auf dem Friedhof einen Vater und eine Mutter, da, und Brüder und Schwestern — eine ganze Familie. Und bei der Gelegenheit möchte ich eigentlich gleich auch heiraten. Wie lange soll es gehen, daß man den Jungs spielt? Und heiraten will ich gerade von Sochmalen von meiner Stadt. Von meinem Stande. Von meiner Familie. Ich habe darüber schon mit meinen Freunden von Sochmalen korrespondiert, sie möchten noch was Rechtes Ausschau halten... Ich schreibe sie aber, ich möchte nur in Frieden hinkommen, bis wird es schon sowieso recht sein... Ja, so verläßt bin ich... Man hat mir schon in Buenos Aires — Sie mögen es glauben oder nicht — die größten Schönheiten der Welt vorgebracht. Ich könnte mir, hören Sie, so was leisten, was der türkische Sultan nicht einmal besaß... Doch ich habe mir ein für allemal gesagt: Rein! Zum Heiraten fahre ich nach Sochmalen. Ich will ein anständiges Kind. Eine jüdische Tochter. Sie kann arm sein, wie sie mag, ich will darauf nicht sehen. Ich will sie in Gold baden lassen. Ihre Eltern mit Gold überzüchten. Die ganze Familie glücklich machen. Und sie selber werde ich zu mir nach Buenos Aires bringen. Ich werde ihr, hören Sie, einen Palast ausschmücken, wie für eine Prinzessin. Kein Städtchen lasse ich ans fallen. Glücklich wird sie ihr Leben bei mir verbringen. — Sie mögen es glauben oder nicht — wie keine Frau in der ganzen Welt! Sie wird sich bei mir um nichts zu kümmern haben, als um ihre Wirtschaft, ihren Mann und ihre Kinder. Die Kinder lasse ich studieren: den einen Arzt, den andern Ingenieur, den dritten Jurist. Die Töchter schicke ich in geschlossene jüdische Pensionate, wissen Sie wohin? nach Frankfurt!...

Bei den Worten kommt der Kondukteur und nimmt die Billette ab. Inner (das habe ich schon vor weiß wievelmal bemerkt) trägt der Teufel den Kondukteur her, wenn man ihm nicht braucht. Im Wagen entsteht ein Aufzug, jeder nimmt sein Gepäck in die Hand, und ich auch. Ich muß aus dem Wagen und in eine andere Strecke umsteigen. Der Mann aus Buenos Aires hilft mir das Gepäck zusammenzuhören. Dabei führen wir ein Gespräch, das ich hier wörtlich wiedergebe:

„Ah, wirklich, schade, daß Sie nicht weitersfahren, wird langweilig werden zu schwitzen.“

Was soll man tun? Das Geschäft ruht.

Gut gesagt. Das Geschäft ruht. Ich fürchte, ich werde nachzählen und mich in die zweite Klasse hinüberpädeln. Ich kann mit Gottlob auch erste leisten. Bei mir, wenn ich auf der Bahn fahre...

Beruhigen Sie, daß ich Sie unterbreche, wir haben nur noch eine halbe Minute Zeit. Ich wollte Sie was fragen.

Zum Beispiel?

Ja zum Beispiel, ich wollte Sie fragen, ... o, es pfifft schon! ... was ist eigentlich Ihr Geschäft? Womit handeln Sie?

Womit ich handle? Ha-ha! Nicht mit Gebetbüchern!

Ich bin mit meinem Gepäck schon ganz aus dem Wagen, und noch steht mir der Mann aus Buenos Aires vor Augen, mit seinem glatten, zufriedenen Gesicht und der duftenden Zigarette zwischen den Zähnen, und noch Klingt mir in den Ohren sein: Ha-ha! Nicht mit Gebetbüchern handle ich, mein Freund, nicht mit Gebetbüchern!

Anmerkung für Leser, denen die Pointe der Erzählung nicht ganz klar geworden sein sollte: Buenos Aires ist bekannt als Zentrum des — Mädchenthalde. D. Red.)

Kleine Chronik.

Altes Theater (Die Not-Schwizer). Diese Jugendarbeit — der Verfasser, der Schweizer Cäsar v. Arz, war, als er das Stück vor fünf Jahren schrieb, zwanzig Jahre alt — ist die Probe eines Hoffnungen erweckenden dramatischen Talents. Schäfcher schon weiß dieser Jungling die Handlung zu führen, die Bühnenwirklichkeit zu berechnen. Aber er berechnet zu sehr... Er will Handlung bieten, viel Handlung und gerät ins Übermaß. Er häuft die krassesten Effekte — die Motivierung kommt dabei zu kurz. Der Giftmord im ersten Akt wird noch dem Zuschauer verständlich gemacht — die Marei will nicht mit einem unehelichen Kind vom Hof gelöst werden und räumt den Alten der Heirat mit dem Sohne widersteht, aus dem Wege. Sie fühlt sich im Recht, sie handelt ihrer Ansicht nach in Notwehr und weiß nichts von Gewissensbissen, die den Sohn für fünf Jahre aus der Heimat, in die Heere Napoleons treiben. Weshalb dann aber die Marei, dieser naturnüchtrige Triebmenscht, der sich so bedenkelos über das durch Kirche und Staat und allgemein menschliches Empfinden gehälgte Gebot: Du sollst nicht töten! hinwegt, vollständig aus den Augen gerät, als sie erfährt, daß sie die Halbwüchsige ihres Gatten ist, weshalb sie nun nicht, wie einsam um ihrer Ehre und ihres Kindes willen den Mord, um ihrer heiligen Liebe zum Oberi willen die Blutschande auf sich nehmen kann, das läßt der Verfasser als dunkles Rätsel bestehen — er bemüht sich gar nicht, es aufzuhellen, er deutet nicht einmal an, wo die Wölung etwa gesucht werden könnte, so daß alles Gräßliche nicht als das Ergebnis einer notwendigen Entwicklung, sondern als Willkür schwelender Phantasie erscheint. Und es ist noch genau: Das Kind, die Krücke der Blutschande entsteht im See, ein unausgellarter Verdacht der Schuld fällt auf die Mutter. Der Mann kehrt zurück, die Marei verzweigt sich ihm und erwingt mit Selbstmorddrohung seinen Verzicht. Der Unnützliche verköstelt dem Trunk; um ihn zu retten, führt ihm Marei die junge Magd, das Brenelli zu. Aber die möglichen Folgen ihrer eigenen Tat fürchtend, die Zurücksetzung hinter die Magd den Verlust des Geliebten, sucht sie einen Weg, sich dem Gatten trocken hingeben zu können läßt sich von einem Kurzuscher unfruchtbare machen und verläßt damit den Mann, der hinter das Geheimnis kommt, und der sie des Mordes an ihrem Kinde bestätigt. Vollständig. Darauf verläßt sie den Verstand, begibt sich auf den See, um dem Oberi das Kind wiederzuholen, und ertrinkt. Jurid bleibt Oberi mit dem Brenelli das ihm ein Kind schenken wird. All das brauchte nun nicht zu geschehen, wenn die Marei wie im ersten Akt auch in den folgenden unbedenklich ihren Startern trieben gefolgt wäre.

Hier ist ein Bruch im Stil, der da zeigt, daß der junge Poet die Probleme, mit denen er hantiert, noch nicht meistert. Auch die Sprache ist ihm noch nicht ganz miterntan. Zeitweilig geht es sehr hochdeutsch zu, und unvermittelt drängt sich wieder ein gemilderter Dialekt dazwischen. Ganz bös aber ist, daß er am Schlüsse dem naiven Brenelli Worte in den Mund legt, wie sie

allenfalls ein dichtender Zwanzigjähriger, der allerlei gelesen und allerlei empfunden hat, fertig bringt.

Ammerhin — wer mit zwanzig Jahren ein solches Stük schreiben kann, verdient Beachtung. Ob Cäsar v. Arz ein Dichter toutiniert? Dies Stück entscheidet noch nicht. Es zeigt Möglichkeiten, die nach beiden Richtungen weisen. Eines ist da, die dramatische Ader, das andre steht noch im Ungewissen.

Names des Cäsar war die Marei. Sie war geladen von verhältnismäßig Leidenschaft, explodierte farbenprächtig und stand den Oberi düstere Farbe und schwarzes Blut. Eine interessante Zeile war der Wahnsinnige Schlageter Marianne Lupfer töte uns! unsichtbar; sie versieg in den ersten Austritten in Operetten- und Schablonen. Später fügte sich die Brenelli besser dem Rahmen ein. Die Dekorationen bestreiten nicht, daß die Bauernstube war von einer toten Rückertheit und das Garbenfeld war eine unglückliche Mischung zwischen Natur und Stil.

H. B.

Leipziger Schauspielhaus (Knut Ham sun-Morgenfeier). Es sollte auf dessere Disposition gesehen werden. Herr Vier durfte sich von seiner Begeisterung für Ham sun nicht dazu verleiten lassen, eine Stunde über den Dichter zu reden. So hat er mich und andre Zuhörer — und es waren überhaupt nur wenige — daran verhindert, die Darbietungen aus des Dichters Werk selbst voll zu genießen, die schließlich doch mehr interessanter als weit ausgespannte Betrachtungen über den Dichter, die der in Kürze ein Werk veröffentlicht werden, das den Lesern nicht von ihm vermittelnd wird, als es eine Zergliederung und Katalogisierung seiner Werke tun könnte. Außerdem steht am Sonnabend die Aufführung seines Stücks: Von Teufel geholt bevor. Weshalb ich mich des näheren eingehens auf die nur halb gehörte Morgenseite enthielt.

H. B.

Leipziger Schauspielhaus. (Rath an der Weise). Eine gute, brave Durchschnittsaufführung. Jeder einzelne Darsteller hältte sich sorglich, durch ein besonderes Hervortretenlassen seiner Persönlichkeit, durch eine besonders seine Durchsetzung seiner Rolle aus dem Ensemble herauszufallen, — auch Kurt Paulus, der sich an die Rolle des Nathan herangewagt. Er war ein sehr verstand es besser, den rabbinerhaften Ton und die talmodische Dialektik des Juden als die Größe, Weite und Freiheit seiner Seelen wiederzugeben. Er brachte uns Lessing, den Aufklärer und Freigeist näher, als Lessing, den Dichter und Menschen. Im ganzen und arbeiten aber muß es dem Schauspielhaus zur Ehre gerechnet werden, daß es auch nach Beendigung des Willkürtheaters dieses große und edle Werk, das zu jenen Tendenzen stützen im besten Sinne des Wortes gehört, die niemals veralaten können, weil ihre Wahrheiten und ihre Forderungen ewig sind, auf dem Spielboden belassen hat und es wäre nur zu wünschen, daß der Verlust der Spielzeit mehr Ansporn zur Fortsetzung ihres Versuchs wäre, als es diesmal der Fall war.

a. d.

Gewandhauskonzert des Lehrer-Bildungsinstituts. Daß unser Publikum vom österreichen Hören verschiedener Werke urteilhaft geworden ist, beweist das letzte Gewandhauskonzert; denn mit haben diese Konzertbesucher verhakt, daß die Wald-Sinfonie von Raff einen tiefen Eindruck hinterlassen habe und daß sie fühlbar waren, diesem Werk bis ins einzelne zu folgen und darüber vorlesen konnten. Auch die Karneval-Ouvertüre von Berlioz mit ihrem schnellen Rhythmus war wirkungsvoll. Ich selbst habe mir nur die Hauptprobe anhören können und kann unsern Herrn Prof. Otto Lohse, wie dem Gewandhausorchesters für die archäologischen Leistungen nur das höchste Lob ausstellen. Daß Herr Otto Weinreich das D-Moll-Konzert von Anton Rubinstein künstlerisch hochwertig spielt, ist an dieser Stelle schon erkannt worden. Dem Thema und Variationen von Tschaikowsky standen die Zuhörer etwas fremd gegenüber, wenigstens konnten sie den Zergliederungen nicht folgen, doch die wunderbare Instrumentation hielt sie in ihrem Bann bis zum letzten.

Dem Münchner Opernänger Paul Binder liegt, wie allen Wagner-Sängern, das Dramatische besser. So glückt ihm der Schubert nicht besonders, mit Ausnahme „Die Altmachi“, in der er eine groke Wucht entwickelt und zugleich die zarten Stellen wunderbar herausbrachte. Die Brahms-Lieder liegen ihm viel besser und es ist zu bewundern, wie er mit seinem mächtigen Bass das sanfte Lied „Felsdeinsamkeit“ so dufsig sang. Mit den Löwen-Motetten und „Archibald Douglas“ entwickelt er eine Steigerung höchst dramatisch. Herr Alfred Simon war nicht nur Bespieler, sondern er malte am Flügel mit höchster Feinheit alle Stimmen.

Walter Giesecking wird gut tun, in sein rein expressivistisches Programm Joh. Sebastian Bach nicht mit aufzusehen; denn was soll Bach unter den Herren Expressionisten? Die haben doch wahrschäfft keine Verbindung miteinander. Wie Herr Giesecking Expressionisten-Musik spielt, ist mir unbekannt. Diesmal hat er den jungen, volkischen Lehrer-Expressionisten Karol Szymanowski geziert mit den zwei Sätzen aus „Maslen“ op. 34 „Tauris der Karr“, „Eine Don-Juan-Serenade“. Diese Katastrophen-Tonallitätslosigkeit mit den krassesten Farben durchmischt, kann man beim besten Willen nicht als Musik anerkennen. Dagegen sind der Franzose Maurice Ravel „Der Galgen“, „Scorbo“ und der Engländer Cyril Scott, „Gloden“, „Paradiesvögel“ eher anzuerkennen, denn sie bestiken doch wenigstens inneren Ausdruck und Farben, die zu genießen sind. Die vier Stücke von Claude Debussy sind frisch, lebendig und ein gesunder Kern jeder Musikkirche aus. Walter Giesecking meisteerte alle Werke mit höchster Possessibilität, die man von einem Pianisten verlangt. Unser Konzertoratorium kann man den Rat geben, für den abgehenden Prof. Jos. Pembaur diesen freistreichlichen Pianisten und Musiker hierher zu berufen.

L.

Proletarische Tribüne. Am Sonntag, dem 17. April, vormittags 1/21 Uhr, wird im Leipziger Schauspielhaus Anderen Nexus Drama: Die Leute auf Dangaard von der Proletarischen Tribüne für das Leipziger Proletariat aufgeführt. Die Tatsache, daß nun auch in Leipzig von Arbeitern versucht wird, der Kult im Sinne des Proletariats den Boden zu bereiten, ist Grund genug, mit einigen Worten an dieser Stelle auf die Bedeutung dieser Aufführung hinzuweisen. Die Leute auf Dangaard sind ein Proletarierdrama im besten Sinne des Wortes. Wie erleben hier mit ungeheurem Wucht dichterisch gestaltet einen Teil des Kampfes, den das Proletariat führt. Anderen Nexus der deutschen Arbeiterschaft und insbesondere der Leipziger Arbeiterschaft kein Fremder ist jetzt uns in dem Werk, doch er einer von den wenigen wahren Proletarier-Dichtern ist, die kämpfend dichterisch für das Proletariat gestalten. Die besten Kräfte des Leipziger Schauspielhauses sind unter der Regie des Herrn Groch August noch beschäftigt, um uns ein hohes künstlerisches Erlebnis zu vermitteln.

Karten zur Aufführung sind zum Preise von 3.50 Mk. für Mitglieder in der Uns-Genossenschaft. Schülertochte, zu haben. Für Nichtmitglieder in der Uns-Genossenschaft. Arbeiterschaft kein Fremder ist jetzt uns in dem Werk, doch er einer von den wenigen wahren Proletarier-Dichtern ist, die kämpfend dichterisch für das Proletariat gestalten. Die besten Kräfte des Leipziger Schauspielhauses sind unter der Regie des Herrn Groch August noch beschäftigt, um uns ein hohes künstlerisches Erlebnis zu vermitteln.

Karten zur Aufführung sind zum Preise von 3.50 Mk. für Mitglieder in der Uns-Genossenschaft. Schülertochte, zu haben. Für Nichtmitglieder in der Uns-Genossenschaft. Arbeiterschaft kein Fremder ist jetzt uns in dem Werk, doch er einer von den wenigen wahren Proletarier-Dichtern ist, die kämpfend dichterisch für das Proletariat gestalten. Die besten Kräfte des Leipziger Schauspielhauses sind unter der Regie des Herrn Groch August noch beschäftigt, um uns ein hohes künstlerisches Erlebnis zu vermitteln.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Reichsregierung zu den Forderungen der Gewerkschaften wegen der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des ADGB hatte dem Reichskanzler in einer Eingabe vom 26. Februar 1921 sowie in einer Reihe von Kabinetts- und Ministerratsitzungen sein Arbeitslosigkeitsprogramm unterbreitet und auf eine Durchführung der darin enthaltenen Forderungen hingewirkt. Der Reichskanzler hat unter dem 23. März jene Eingabe mit einem längeren Schreiben beantwortet, aus dem hervorgeht, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, der Arbeitslosigkeit energisch zu Leibe zu gehen.

In selbstgefälliger Breite wird in dem Schreiben ausgezählt, was in der Vergangenheit bereits für die Minderung der Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosen selbst getan worden ist. So seien zur Belebung des Baumarktes 1918–1920 allein aus Reichsmitteln 1600 Millionen Mark zur Unterstützung des allgemeinen Wohnungsbau und 300 Millionen Mark zur Unterstützung des Baues von Bergmannswohnungen aufgewendet worden. Im Haushaltsjahr 1921 seien je 1½ Millarden Mark für allgemeinen Wohnungsbau und für Bergmannswohnungen und daneben noch 700 Millionen Mark aus der Kohlenabgabe, insgesamt 3,7 Milliarden Mark angelegt. Die Reichsregierung scheint nicht zu begreifen, daß die Gelder in der Vergangenheit ausgegeben worden sind, die Not der Gegenwart und der Zukunft nicht zu lindern vermögen, und daß kein Arbeitsloser von den schönen Zahlen der Regierung profitiert. Dabei wäre besonders noch zu untersuchen, wem der Löwenanteil aus den bewilligten Beträgen zufällt. Daß davon auf die Arbeiter nur der geringste Teil entfällt, während die weitaus größten Summen von den Unternehmen für Materialpreise und Riesenprofite verrechnet werden, ist eine längst bekannte Tatsache. Auch in Zukunft sollen Mittel zur produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt und öffentliche Arbeiten in weitem Umfange vergeben werden. In Frage kämen vor allen Dingen das Reichspol., Reichsverkehrs- und Reichsschiffamt. Was dabei aber herauspringt wird, daß einige destruktive Belege.

Als eine Kommission aus Vertretern der für solche Arbeiten im Betracht kommenden Gewerkschaften mit dem Reichspolizeiministerium beauftragt wurde, erklärte der Reichspolizeiminister: er habe keine Aufträge zu vergeben. Die bis dahin erzielten Aufträge seien Notsstandsarbeiten gewesen. Als dann doch einige dringliche Arten von Arbeiten ermittelt werden konnten, machten die Unternehmer der Betriebe, die solche Arbeiten ausführen, die größten Schwierigkeiten gegen die Einstellung von Arbeitslosen. Nur bei Materiarbeiten wollten sie diese Möglichkeit zugeben, lehnten aber alle besonderen Bedingungen für diese Einstellung ab.

Im Reichsverkehrsministerium, das angeblich Aufträge in Höhe von 10 Milliarden zu vergeben hat, kommen 7,5 Milliarden für Lokomotiven und Waggons in Betracht. Auf diesem Gebiet berichtet der Ring der Verbände der Lokomotiv- und der Waggonfabrikanten vollständig die Preisfestsetzung, so daß das Verkehrsministerium ihm gegenüber ohnmächtig ist. Viele Maschinen und Waggons für die 7,5 Milliarden des Haushaltspans zu bauen sind, bestimmt nicht das Ministerium, sondern der Unternehmerring. Ebenso läßt sich dieser in die Arbeitsbeschaffungen nicht hineinreden. Nur in Sachsen war man unter der Voraussetzung, daß dorthin Aufträge vergeben werden, zu einer Verständigung bereit. Auch weigern sich die Herren, weitere Betriebe zur Ausführung solcher Arbeiten heranzuziehen.

Sieht man von diesen Aufträgen ab, so bleiben höchstens 1½ Milliarden Mark für den Ausbau von Werkräumen und für Reparaturarbeiten übrig, über die eine Verständigung zu erzielen scheint. So sieht es mit den Riesenaufräumen aus, die das Reich zu vergeben hat.

Die Reichsregierung schreibt, daß bei der Vergabe von Aufträgen in erster Linie die Bezirke größter Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, soweit dies mit dem Zweck des wirtschaft-

lichen Ausitäges vereinbar sei. Ob die mit Aussagen bedachten Unternehmer verpflichtet werden können, Arbeitslose einzustellen und eine verkürzte Arbeitszeit mit mehreren Schichten von Arbeitnehmern einzuführen, werde von dem Ergebnis einer bereits eingeleiteten Durchprüfung durch einen partizipativen Ausschuß abhängen, der auch darüber entscheiden soll, ob neben den vorhandenen Betrieben einzelner Industriezweige noch andere geeignete Betriebe bei der Vergabe der Aufträge heranzuziehen sind.

Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Vollbeschäftigte äußert das Schreiben des Reichskanzlers das Bedenken, daß dadurch sowie durch Einführung des Schichtwechsels, die allgemeinen Unstoffe der Produktion sich wesentlich erhöhen und daß diese Maßnahmen auch technisch nicht in allen Industrien und Betrieben durchführbar seien. Auf Grundlage von Fragebogen sollte geprüft werden was geschehen könne. Ob das aber der geeignete Weg ist, das Arbeitslosenproblem beschleunigt zu lösen, erscheint uns recht fraglich. Denn ehe solche durch Fragebogen vorbereiteten Prüfungen durchgeführt sind, und ehe zwischen Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine Verschärfung darüber erfolgt ist, dürfte die Arbeitslosigkeit katastrophal anwachsen.

Ablehnend verhält sich das Schreiben gegenüber einer Erhöhung der laufenden Erwerbslosenunterstützung, weil die erhöhten Winterläufe „trok der nicht unwesentlich gesenkten Lebenshaltungskosten“ bereits bis zum 1. Mai beibehalten werden seien. Weiter könnte die Reichsregierung nicht gehen, wenn sie die finanzielle Lage des Reiches, der Länder und Gemeinden pflichtgemäß würdig. Das Schreiben verweist neben der gesetzlichen Unterstützung auf den Weg der Wohlfahrtspflege öffentlicher oder gemeinnütziger Verbände.

Danach ist das Ergebnis der Aktion des ADGB. In der Frage der Linderung der Arbeitslosennot bisher ein ganz negatives und es ist ein sehr platonischer Trost, wenn der Reichskanzler darauf hinweist, daß die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland immer noch geringer sei, wie in anderen Ländern. Das klingt wie eine blutige Verhöhnung der Arbeiterklasse, die mit vollem Recht erwarten kann, daß Durchgreifendes zur Linderung der das ganze Proletariat bedrückenden ungeheueren Erwerbslosigkeit in die Wege geführt wird. Bei nur einigermaßen gutem Willen ist es möglich, die Beschäftigungslosigkeit wesentlich zu mildern, wobei wir freilich nicht damit rechnen, daß die Maßnahmen irgendwelcher Regierung die Arbeitslosigkeit in Deutschland ganz beseitigen könnten. Das könnte nur erreicht werden, wenn die Weltwirtschaft in sozialistischem Sinne umgestaltet wird.

Der bisherige Verlauf der Aktion des ADGB, bestätigt die alte Wahrheit, daß nur dann etwas für die Arbeiterschaft herauszuholen ist, wenn diese den festen Willen hat, gegebenenfalls auch für ihre Forderungen mit allen Mitteln des sozialistischen Klassenkampfes einzutreten, wozu in erster Linie schlagfertige, nicht durch inneren Zwist zerissene Organisationen notwendig sind.

Mit den bisher vom ADGB unternommenen Schritten darf es nicht sein Bewenden haben, denn die Arbeitslosigkeit ist eine Angelegenheit, die das ganze Proletariat angeht.

Verbandstag der Berufsschwerwehr.

Am 3. und 4. April fand in Magdeburg der achte außerordentliche Verbandstag deutscher Berufsschwerwehrmänner statt, zu dem 45 Vertreter und 10 auswärtige Mitglieder erschienen und der sich mit Organisations- und Berufsfesttagen u. a. beschäftigte. Der Vorsitzende Neumann begrüßte auch den erschienenen Vertreter des Bundes der technischen Angestellten, Händeler, der über die Entwicklung der Organisationsfrage referierte. Nach gründlicher Beratung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Billigung des erfolgten Anschlusses an den ADGB;
2. Anerkennung der erfolgten Bildung der FaLa (Freigewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmerverbände);

3. Prüfung der vorliegenden Schwierigkeiten bei der örtlichen Fabrikation in verschiedenen Ortsgruppen des ADGB und eventuell Festsetzung einer Übergangszeit.

Danach wurde die Besoldungsfrage eingehend behandelt und die aufgestellten Beschlüsse angenommen.

Der Verbandstag beschäftigte sich noch mit Brandabschutzsegnen und legte Protest ein gegen die bereits erfolgte Radikalisierung der Berufsschwerwehr in Glogau, sowie die beabsichtigte in Mannheim und Frankfurt a. O. Wenn auch die finanzielle Not der Städte nicht verkannt werden soll, so sollen zur Deckung der Kosten des Feuerwesens die Feuerversicherungsgesellschaften herangezogen werden.

Auch diese Tagung hat gezeigt, daß die Beamten immer mehr einsiehen, daß sie ihre Interessen nur im engsten Anschluß an die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu wahren vermögen.

Aussperrung in der Dresdner Zigarettenindustrie. Am Mittwoch ist die angekündigte Aussperrung von 13 000 Zigarettenarbeitern in Kraft getreten. Die Ausgeglichenen haben das Arbeitsministerium um Vermittelung ersucht. An den Verhandlungen wollen sich auch die Arbeitgeber beteiligen. Die Hoffnung, daß die Differenzen rätsch beilegt werden, dürfte zunächst an der Haltung der 800 Maschinenführer scheitern. Die Maschinenführer bestehen auf der Forderung von 75 M. wöchentlicher Zulage, während die Unternehmer nur 50 M. zahlen wollen. Von den Ausgeglichenen wird in der Hauptrache darauf hingewiesen, daß z. B. in Berlin die Maschinenführer 200 bis 250 M. wöchentlich mehr verdienen als die Dresdner, obwohl die Dresdner Arbeiter täglich 10–12 000 Zigaretten mehr liefern als die Berliner.

Kein Landarbeiterstreit in Sachsen. Der drohende Landarbeiterstreit konnte noch in leichter Stunde vermieden werden. Die Landarbeiter bewilligten folgende Forderungen der Arbeiter: Für freie Arbeiter, d. h. für solche, die nicht in freier Station sind, 15 Prozent, und für das Gesinde 20 Prozent Lohnzuschlag bis zum 1. Juli d. J. von da ab soll ein neuer Tarif gelten, bei dem der Lohn nach einer den Getreidepreisen sich anfügenden gleitenden Lohnstufe berechnet wird.

Zum Auftakt des amerikanischen Gewerkschaftsbundes aus der Amerikanischen Gewerkschaftsinternationale.

Die schon früher ausgetragte Meldung, daß die Amerikanische Federation of Labor (amerikanischer Gewerkschaftsbund) aus der gewerkschaftlichen Internationale ausgeschieden ist, wird nun mehr bestätigt. Samuel Gompers, der Präsident der Federation, teilte dem Sekretär Oudegeest der gewerkschaftlichen Internationale mit, ein längeres Bestehen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes in der Internationale sei unmöglich, weil diese, im Widerspruch mit den Interessen der amerikanischen Gewerkschaften, die Sozialisierung und damit auch den Sturz der amerikanischen Regierung anstrebt.

Von Gompers und seinem engeren Umhang war eine andere Stellungnahme nicht zu erwarten. Seine ganze Politik während der letzten Jahrzehnte war auf eine Konkurrenz und Unterdrückung des Kapitalismus gerichtet, wie er auch durch Parole „seine Politik in den Gewerkschaften“ allezeit bestrebt war, die Arbeiter von der sozialistischen Bewegung fernzuhalten, um sie umso leichter den kapitalistischen Parteien zuführen zu können. Die Frage ist ja nur, wie lange Gompers die amerikanischen Arbeiter, die die kapitalistische Ausbeutung und die Segnungen des Kapitalismus in der Form einer Schrankenlosen Klassegelehrung und einer willkürlichen Klassejustiz wohlaufsig hinreichend stark verspielen, wird nachführen und die internationale Solidarität mit ihren Klassengenossen durch nationalistische Phrasen zurückzudrängen können.

Kaufen Sie

dixi
von Henkel
bestes
Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Reise-Taschen

aus prima Rindleder und starkem
Segeltuch, eigene solide Fabrikate.
Größte Auswahl — Billigste Preise

Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16
Koffer- und Lederwarenfabrik

Konfektionshaus Ebert

Größtes Spezialgeschäft für Damen-, Boden- und Kinderkleidung in Sachsen

Frühjahrs-Moden

Covercoat-Mäntel

in neuen eleganten Formen

250. 350. 495. 650.

Mäntel

aus Flausch, Luch, Affenhaut und
imprägnierten Stoffen

In ganz besonders schöner Form und Farbe

175. 250. 375. 450. 695.

Röcke

aus reinwollenen Stoffen

Chenille, Rammgarn, Gabardine

marine, buche, kupfer, grau usw.

295. 395. 450. 650.

Strick- u. Flauschjäcken

in hervorragender Ausführung

195. 250. 375. 495

Röcke, Röcke, Blusen

in apter neuer Ausführung

reine Wolle 195 295 55. 85. 39 150

Konsum-Verein L.-Blagwitz u. Umgeg.

E. G. m. b. H.

Unseren werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir auf allezeitiges Verlangen von Sonnabend, den 16. April, an unsere

Verteilungsstellen erst ½ Uhr abends schließen,

dagegen früh eine halbe Stunde später,

um 8 Uhr, öffnen.

Die Gesamtverwaltung.

Knaben- und Mädchen-Rledung

Reichhaltige Auswahl zu besonders vorteilhaften Preisen

Gasthof Stünz.

Morgen Freitag, ab 6½ Uhr
Der I. beliebte Freitags-Ball
im vollständig renovierten Prachtsaal mit feinster elektrischer Beleuchtung.
Spez.: ff. Schlachtschlüssel, Wellfleisch, fr. Wurst.

Tanz-Palast

Goldne Krone, Leipzig-Möckern

Endst. Linie 10 Fernruf 50800

Besitzer: Carl Schner

Neue Bewirtschaftung

Morgen Freitag ab 6 Uhr der beliebte

Damenwahl-Ball.

Empfehlungen allen gebräuchlichen Vereinen, Gesellschaften

meine schönen, vollständig renovierten Lokalitäten zu

Ablösung von Festlichkeiten, Versammlungen usw.

Hainstr.
19.

Licht-UT-Spiele

Ab heute

Erstaufführung!

Rich. Eichbergs neuester und grösster Monumental-Film

2 Teile
je
7
Akte.

Die Macht des Blutes

2 Teile

1. Teil: Der Tod in Venedig

Hauptrollen:
Die Lieblinge
der U.T.-Besucher
Lee Parry
Violette Napierka
außerdem:
Felix Macht
Robert Scholz
Pietro Scholz
der bekannte Meister-
ringer und Athlet usw.
Dazu das saktige ulkige
Lustspiel

**Der Scheidungs-
anwalt**
mit Paul Heidmann.

Anfang:
4, 6½, 8½ Uhr.



Donnerstag

Telephone
3187.

Größt. Erfolg
bei der
Uraufführung
in d. Schauburg
und in Berlin.

2 Teile
je
7
Akte.

Prunkvolle Gesellschaftsaufnahme

In den
Schlingen des
Inders.

Bitte möglichst
Mittag-Vorstellung
zu besuchen.

Engelsdorfer Industrieswerke m.b.H.

(hinter der Maschinenfabrik Schlegel in Paunsdorf
gelegen) verkaufen billigst al Lager:
Bierkant-Hölzer in versch. Abmessungen, Garten-
Säulen, Zahnriegel u. Zäune, Sohnenstäben
steif, hartholz, völlig trocken, 14 Mt. pr. Zentner
sindert. Weichholz..... 11 Mt. pr. Zentner

Wurst zu Fabrikpreisen ohne Zwischenhandel!

Klein- und Groß-Verkauf nur in
ganzen Würsten von 1-2 Pfund
Prima geräucherter Rindwurst 1 Pf. 14.00 Mr.
Prima geräucherter Blut- u. Leberwurst 10.00 " "
Beilatz-Brühwürstchen 1 Pf. 1.75 "
Garantiert reines Rind- und Schweinefleisch.
Kostproben ohne Kaufzwang gratis! "

Wurst- und Konservenfabrik Albert Petzold, Leipzig-Gohlis
Springerstraße 33, Ecke Neuherrn Hallische Straße
gegenüber Chausseehaus und Treidellosbahnhof
Eingang Torweg, kein Laden, Telefon 50171,
Verkauf jeden Freitag von 2-5, Sonnabendo 9-11 Uhr.

Geyers

60514

Billige Lebensmittel

Prima Schmalz, hellweiß	1 Pf. 10.10
Zafelmargarine, Würfel	8.70
Spez., geräuchert	10.00
Schweinefleisch	11.00
Corned beef	1.5 Pf. 42.00
ausgewogen 1 Pf.	7.80
Leberwurst	2 Pf. 6.00
Rindfleisch	2 Pf. 8.75
All. Kolonialwaren billiger, bei 5 Pf. Preismäßigung	
Leipzig-Sellerhausen, Billowstraße 41. Leipzig-Kändnitz, Kapellenstraße 10.	

"Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft"
von Karl Marchionini. — Preis 2 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Selten günstiges Angebot!

Hemdenbarchent, 80 cm breit	von 9.00 Mk. an
Prima Reinforced, 80 cm breit	12.75
Karierte Bettzeuge, 80 cm breit	14.50
Karierte Bettzeuge, 180 cm breit	24.50
Inlets, 80 cm breit	22.00
Inlets, 180 cm breit	37.50
Körperbarchent, weiss, 80 cm breit	14.50
Körperbarchent, roh, 80 cm breit	9.50
Farbige Satins, 80 cm breit	15.50
Gestr. Zephire f. Blusen u. Hemden	18.50
Schrüzen und Kleiderdrucks	11.75
Damenhemden, reich bestickt	32.50
Einsatzhemden	15.50
Scheuerschürzenstoffe	48.00
Ia Manchester in verschied. Farben	
Dirndl-Satins und Musseline in grösster Auswahl	

Hand-, Wisch- und Scheuertücher
Halb- und Reinalinen für Betttücher

— Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer! —

Heilbrunn & Co.

Härtelstraße 25

Telephone 1263

Eiskellerpark

Morgen Freitag sowie jeden Freitag

Der große Ball-Betrieb.

Grüne Schänke L.-Unger

— Fernruf 80345. —

Morgen Freitag: **Elite-Ball.**

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957

Freitag u. Sonntag: **Große Ball-Feste.**

Sonnabend Gr. Ball Gesellschaft, Kundenfest, Gäste willkommen.

Apollo-Theater

Bayerische Straße 8/10.

Telephon 11111.

Nur noch 2 Tage!

Gastspiel

Chief Haistorm

Dor Cherokees Häuptling

in seinen Kriegsstäben

Boris u. Mara

in ihrem mimodramatischen

Tanzsketsch

Klosterrunde

in ihrer Klosterrunde

Dümmon Blit

mit Kathie Hassok

2 Aleros

Equilibristen

Karinu.Morton

skandinavische Sänger

Clown Peppo

Dressur-Akt

Täglich 2 Vorstellungen mit vollem Programm.

5 Uhr.

Vorverkauf: Tageskasse 10-12 Uhr, dann ab 11.15 Uhr. Telephon 11111.

Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße.

Berliner Straße (am Markt). Fernspr. 4878.

Erstaufführung Ab 15. April 1921 Erstaufführung

Zur Vorspielbildung d. jüngsten politischen Ereignisse
bringe ich nur für Erwachsene:

Die entfesselte Menschheit

Der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus

6 Akten Ein gigantisches Zeitalter in 6 Akten

17 000 Darsteller!

Eugen Klöpfer Friedr. Hofmann Carl de Vogt
Paul Hartmann Arthur Berger und andere.

Der duftende Amadé

Eine überaus lustige Handlung in 3 Akten.

Einlaß: Sonntag 3 Uhr, sonst 4 Uhr.

Einlaß 11.5, Anfang 5, Ende 11 Uhr

Windmühlen-
straße 31

Fernruf
18195-96

Morgen
Erstaufführung

ASTORIA

Morgen
Erstaufführung



Filmschauspiel in 5 Akten von Joe May
nach einer Grundidee von Tex von Harbou.

Hauptrolle:

MIA MAY

Conrad Veidt, Margarete Schön, Adolf Klein
Albert Steinrück.

Die Prosa schreibt: Mia May ist die Trägerin der Hauptrolle. Sie ist noch immer nicht nur eine der schönsten, sondern auch eine der darstellerisch besten Schauspielerinnen für diese Art von Filmen. Ihr Spiel ist natürlich und lebenswahr, ihre aus rückwärts Augen und sprechendes Mienenspiel verstehen jede Empfindung wiederzugeben.

Heute letzter Tag: Großstadtmädels. I. Teil.

Rößplatz 6
(Cafe Bauer)

Fernruf
18195-96

UNIVERSUM

Morgen Erstaufführung



Heute letzter Tag:
Der Mann ohne Namen. — 4. Teil: Die goldene Flut.

Achtung! Ausnahmetag für Arbeitslose. Freitag, den 15. April, ab 7 Uhr früh. Ja hoh. Schinkenbrot Bd. 10.— Ja ger. Schinkenbrot Bd. 11.— Ja ger. Schinken Bd. 13.— Ur. Rindfleisch kg-Dose 8.50 Leberwurst kg-Dose 5.— ff. Margarine Bd. 8.20 Nur gegen Vorlegung der Stempelfarbe u. Rentenausweis Markthalle, Galerie, Stand 131, an der Verwaltung.

Achtung! Verkaufe ab heute

Ba. frisches Röckfleisch Bd. 7 M.

Gehacktes Bd. 7 M. und alle Sorten beste Wurst.

Röckflechterei, Grenzstraße 4.

Goldfarbene Margarine Bd. u. 7.50 M. an

la Bierfruchtmarkmelade 3.50

Alle Lebensmittel bekannt gut und billig.

Zeitung u. Sonnab.: Bei Einlauf 20 M. Dose Kartoffel gratis.

Dyck, Stötteritzer Str. 8b. Tel. 4904.

Stadtbekannt

durch Ihre Preiswürdigkeit sind meine wunder-

voll aromatischen, reinen Marmeladen.

Ein Versuch überzeugt auch Sie!

	1 Pfd.-Glass	6 Pfd.-Eimer	ausgewog.	à Pfd.
Aprikosen-Marmelade	10.60	47.—	9.40	
Johanniseer-Marmelade o. K.	8.—	34.—	8.80	
Pflaumen-Marmelade	7.20	30.—	6.—	
Johanniseer-Apfel	5.70	22.50	4.50	
Pflaumen-Apfel	5.70	22.50	4.50	

Vierfrucht-Marmelade: ausgewog. à Pfd. 3.50, bei 5 Pfd. 3.20

Leipzig-Lindenau, Leutzscher Straße 14

Konservenfabrik Friedrich Hörig

Detailverkauf: Leipzig-Lindenau, Leutzscher Str. 14

Leipzig, Petersstolzenweg 19 Ladengang Hertelstraße.

Gläser werden mit 1 Mk. Eimer mit 2 Mk. zurückgenommen!

Kleiner Anzeiger

Akzidenzseher

in erste Stelle für sofort gesucht.
Bedingungen: Beherrschung der Saßtechniken; Sicherheit im Entwerfen und in der Herstellung nur erstklassiger Drucksachen
Vervigung selbstgefertigter Muster und Angaben über bisher innegehabte Konditionen.

Leipziger Buchdruckerei Altien-Gesellschaft
(Leipziger Volkszeitung)



Farbige Herz-Stiefel

bewähren sich so vorzüglich im Gebrauch, weil bestes Material und vollendete Arbeit vereinigt sind.

Paul Böhme Petersstraße 4-6

Hupfeld-Haus.

Facharbeiter

Schlosser, Klempner, Maler, Monture, Holzarbeiter, Maurer, erbo. hohen Arbeitsverdienst. Für Mutter (Dampf-, Feuerwehrarbeiter) u. Vorto 2.50 M. bei. technischer Neuhelten-Berthele Frankfurter Str. 5. D. L.

Schneider, w. 3-4 kleine Stück, pro Woche mit m. f. gel. paunsdorf. Reichenstr. 11.

Portefeuille-Offset-Anlegerin sofort gesucht Weigel & Naumann, u. o. Leipzig-Reudnitz Täubchenweg 71-73.

Berl. Blätterinnen sucht Dampfwäscherei Rüger, Co., Simmendorf. 20.

Schneidern i. Kinderlachen ins Haus gesucht Eisenbahnstr. 6, Laden.

Verkäufer

Freizeit-Einrichtung billig Lehmann, Dresdner Str. 60.

Land-Tabak österreichischer, 25g, nur 25 M. in den Zigarren-Geschäften: Burzner Str. 37, Gerberstr. 40, Müller Str. 49, Elsterstr. 3 *

Hellers Schuh- Hartwarengeschäft Goldhahnaäckchen 4.

Eine Posten braune und schwarze Schuhe und Spangen-Schuhe u. 80% an sowie alle andern Schuhen, teilweise m. Klein- unanfehl. Gehl. spottbill.

Der Weg lohnt sich in das Schuhwarengeschäft Dresden Str. 63 Da ich läuft. War, direkt aus den Fabriken bezogene, laufen Sie bei mir sehr vortheilhaft.

herz. Da., Ahd. Stiel, Spang., u. halbschuhe belohnd. preisw.

Herren-Schuhe, Gr. 38 f. neu, eine Sportweise zu verft. Kleinschuh, Ringstr. 22, III.

Mehr. mod. Anzüge, Schläppi, Gummimantel, Gebordane, Gutaway m. gestreiften Hosen, Lebergangs - Pantofot, verschiedene Militär- u. gestreifte Hosen verf. sehr billig. Bitte ansehen Lange Str. 10, I. *

Bet. Jardianas, ab. Märk., holt. Stoff, hell u. dunkel, schw. Gutaway m. Hof, elg. Gurdane, hell. Ulster, Seidblatt, Sommerpantofot, u. prima D. Gardnerob. S. Gehl. u. Woll, w. Blau, u. sch. Windmühlenstr. 32, El. A. IV. *

Bon herrschaften! wenige getzt. Herren- u. Damen- Gardnerobe, Kostüme, Kleider, Mantel, Röcke, Blus, Schuhe, Bettwäsche, Federbett, abell. Prell. Kompl. Steinweg 26, I. L.

Spottbillig Sport-Hosen

Getragene und neue (Bridges)

in prima feldgrau, auch für Dickleib. Bauchhosen Manchester-, Sport- und lange Hosen verkauf Walter Fröhliche, Q. Reudnitz, Frommannstr. 12.

Telephon 10401.

Große Auswahl in nur herrenartig getragenen Kleid. Blut. Münt. Rödt. und dergl. Friede, Claus, Windmühlenstr. 45, 1. Etage.*

Martha Lindam - Paunsdorf, Hauptstr. 74, an der Kirche Blumen, Schärzen, Strümpfe blit. hemden, Reformbl. Strümpfen

Kanner Eisenbahnstr. 5 Laden.

Mehr. schöne Anzüge, versch. Hosen, Gummimantel billig a. verf. Demmeringstr. 72, II. I.

Hemden f. Damen 20.— Herrenanzug, getrag. 150 M. Schuhe, Leibwäsche u. Meisseloffel bill. Konradstr. 64, III. I.

Herrenanzug, mittl. Blauer, v. Li. Demmeringstr. 81, II. I.

Bauch-Hosen von Militärtuch, verkauf L. Ad. Frommannstr. 12, Laden.

Billig. Schürzen sehr preisw.

Kaufhaus Kohlgartenstr. 25, I. I.

Stoff zu Dirndlfleid u. Schürzen bill. Härberlestr. 16, I.

Hemden f. Damen 20.— Semidenbarthorn. m. m. 9.

Körper-Inlett. . . . m. 20.

Bettzeug u. Kissen 125.

Barthorn-Bettuch. Et. 30.

Hand- u. Witschuk Et. 5.

Hemdunterh. Kleid. Dirndl.

Koffer, Schürzen sehr preisw.

Lind. Calviusstrasse 26, III. I.

Einzelverkauf zu Engros-Preisen

Damenhalbschuh weißlein, allerbestes Fabrikat mit prima Ledersohlen und Vollabsätzen 36/42 69.75

Damenstiefel braun 254.00 220.00 180.00

Damenstiefel schwarz 90.00

Damenstiefel R-Chevreau 118.00

Damenstiefel Boxcalf 135.00 140.00

Damenstiefel Hochschaft 150.00 165.00

Frauenstiefel pa. Rindbox, bequeme Form mit niedrigen Absätzen 125.00 145.00

Herrenstiefel Wildbox 40/42 98.00

Herrenstiefel Rindbox m. Kalbleder-einsatz 40/42 120.00

Herrenstiefel prima Rindbox mit Gumizug 40/46 159.00

Herrenstiefel mit Läckkappen 40/46 139.00

Herrenstiefel extra pa. Rindbox, Orig. Goodyear Welt. 40/46 165.00 175.00 195.00

Herrenstiefel prima Rindbox 145.00 150.00

Herrenstiefel braun 190.00 250.00

Damenhalbschuh 69.00 75.00 90.00

Damenhalbschuh br. 138.00 165.00 185.00

Damenpangenschuh braun 145.00 150.00

Baby-Lederhösche farbig 17/19 10.00

Kinderstiefel 20/22 28.50 23.24 29.50

Kinderstiefel 25/26 49.50 37.00 57.00

Kinderstiefel la Rindbox. 31/35 97.50 89.00

Jünglingsstiefel Prima Rindbox 36/38 129.00

Braune Spangenschuh 39/35 57.00

Braune Kinderstiefel 25/35 extra billig

Lederhausschuhe 36/42 44.50

Lederhausspangenschuh 36/42 49.00

Segeltuch-Turnschuh, grau, mit Lederchromsohle 25/27 19.00

28/30 20.00 31/35 25.00 36/42 29.00

Stein & Comp. Schuhwaren-Engros

Richard-Wagner-Straße 12, III.

Fahrstuhl. — Geöffnet 9—1 und 3—6

Schweineschmalz

Qualität 10.30

Ja Rindstalg 9.— la Kokosfett 10.80

Bac. und Speisefett 9.— Schinkenfett, ger. 12.—

la Spez. ger. 10.— wie Inland extra hoch

Schwarzfleisch, ger. 10.— Inland wie

la Salzspez. fett 8.— durchwachsen 9.—

la Taselmargarine stets frisch 8.20—13.—

Ja Leberwurst, geräuch. Salzgurke reicht Bd. 6.—

Rüdeln, weiß 7.— Pfauenminz m. 3. Bd. 3.50

Abendroths Fettzentrale, Volkmarstdorf, Rabat 52.

Achtung, Hausfrauen! Schweineschmalz, beste Qualität 10.30

Holl. Spele- u. Badfett 9.— Kokosfett 10.80

Salzgurke 8.—

Spez. Schwarzfleisch, Schinkenfett 10.— bis 13.—

la Taselmargarine 8.50 9.— u. 10.—

süßenfrüchte billig. Kernseife, Doppelstiel 2.80

Odrich, Volkmarstdorf, Rabat 34.

Achtung, Hausfrauen! Schweineschmalz, beste Qualität 10.30

Holl. Spele- u. Badfett 9.— Kokosfett 10.80

Salzgurke 8.—

Spez. Schwarzfleisch, Schinkenfett